

## NACHRICHTEN

Ostermarsch in Köln: Wir dokumentieren die Rede von Pfarrer Matthias Engelke.

3

## PROJEKTE

Die Superfood\_Schleudergang versucht eine Praxis der Tauschlogik-freiheit aufzubauen.

5

## BIOTONNE

Im Gäst\_innenhaus Dannenrod sind geflüchtete Menschen aus der Ukraine untergekommen.

13

## KUNST&KULTUR

Wir gratulieren der Historikerin, Feministin und Sozialistin Gisela Notz zu ihrem 80. Geburtstag.

14



▲ Die Photovoltaik-Module liefert SoLocal Energy aus Kassel fossilfrei auf dem Lastenrad aus.

Foto: SoLocal Energy

# Energiewende selber machen

**Trotz massiv gestiegener Energiepreise hat die Bundesregierung einen Richtungswechsel hin zu erneuerbaren Energien vorerst nur angekündigt. Das Bündnis Bürgerenergie ist mit seinem »Energy-Sharing«-Konzept da schon weiter, mit dem sich Bürger\*innen aktiv an der Energiewende beteiligen könnten. Wir stellen Balkonkraftwerke, Selbstbaugemeinschaften und Mieterstrom-Genossenschaften vor.**

PETER STREIFF, REDAKTION STUTT GART

Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung hat sie hohe Priorität und Wirtschaftsminister Habeck betonte in seiner Eröffnungsbilanz ihre zentrale Rolle bei der Erreichung der Klimaziele: Die Rede ist von der Energiewende mit einer notwendigen Abkehr von fossilen Energieträgern und einem deutlichen Ausbau von Solar- und Windenergie.

Außer Absichtserklärungen und der Ankündigung eines »Osterpakets« mit Gesetzesänderungen, das nun doch erst im Juni ins Parlament kommen soll, ist jedoch substantiell noch nichts geschehen. Selbst die beschlossene EU-Richtlinie, gemäß der ein nati-

onaler Aktionsplan für erneuerbare Energien vorgelegt werden muss, wird von Deutschland ignoriert. Es läuft ein Vertragsverletzungsverfahren.

Statt sich an den Mühlen des parlamentarischen Betriebs abzuarbeiten, haben jedoch über 30 Umwelt- und Verbraucherorganisationen im Bündnis Bürgerenergie frühzeitig einen eigenen Vorschlag ausgearbeitet: Schwerpunkt ihres Anfang März vorgelegten »Energy-Sharing«-Konzepts ist die Förderung dezentraler Lösungen mit aktiver Beteiligung der Menschen. Im Gegensatz zur Blockadehaltung der Merkel-Regierung und der Bevorzugung von Monopolisten liege der Schlüssel für einen beschleunigten Ausbau von erneuerbaren Energien in

der aktiven Teilhabe vieler Bürger\*innen und in einer verbrauchsnahe Produktion (Seite 12).

Dass diese Forderungen reichlich Substanz haben, zeigt eine aktuelle Studie des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) von Mitte April. Demnach gebe es in Deutschland so viele geeignete Standorte, dass sich mehr als 90 Prozent der Menschen in »Erneuerbare-Energien-Gemeinschaften« zusammenschließen könnten. Die Gemeinschaften sollten eine angemessene Vergütung erhalten, wenn sie ihren Verbrauch zeitlich und räumlich an die sich verändernde Erzeugung von Wind- und Solarstrom anpassen. Von einem solchen netzdienlichen Verhal-

ten würde das gesamte Energiesystem profitieren, so die Studie.

Doch selbst fortschrittliche Konzepte haben nur eine Chance zur Umsetzung, wenn es Pionier\*innen gibt, die einfach schon mal angefangen haben: Getreu dem Motto »das Neue im Alten wagen« stellen wir im Energiewende-Schwerpunkt einige dieser Initiativen vor.

In Kassel zeigt SoLocal Energy nicht nur anschaulich, wie eine fossilfreie Lieferung von Solarmodulen Spaß macht (Bild oben), sondern auch mit welchen Bausteinen eine nachbarschaftliche Klimawende vorankommen kann (Seite 9). Mit einem ähnlichen Ansatz sind in der Schweiz bereits mehrere Selbstbaugemeinschaften als Genossenschaften

entstanden, die dank gegenseitiger Hilfe und bei guter Laune preiswerte Solaranlagen ermöglichen (Seite 10).

Einen Selbstbau eher im kleineren Stil, der sich auch für Mieter\*innen eignet, lässt sich mit Balkonkraftwerken unkompliziert umsetzen (Seite 10). Durch sehr bürokratische Regelungen waren bisher jedoch Mieterstromgenossenschaften beeinträchtigt, die sich demnächst attraktivere Rahmenbedingungen erhoffen (Seite 11). Abgerundet wird der Schwerpunkt mit der Vorstellung des neu entstandenen Netzwerks für gemeinschaftsgetragenes Wirtschaften (Seite 9) und einigen thematischen Literaturhinweisen.

Schwerpunkt auf den Seite 9 bis 12

ZAD RHEINLAND

## Tausende demonstrieren gegen die Zerstörung von Lützerath

Etwa 4.000 Menschen protestierten am 23. April in Lützerath gegen die drohende Zerstörung des Dorfes. Aufgerufen hatte ein breites Bündnis aus Initiativen. Sie wollten damit vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen deutlich machen, dass es einer politischen Entscheidung bedarf, um die klimaschädliche Braunkohle im Boden zu lassen und Lützerath zu retten.

REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL

Während der Demo waren Hunderte Menschen spontan aus der Demo

ausgebrochen und protestierten in zivilem Ungehorsam direkt an der Kante des Tagebaus, hieß es in einer Pressemitteilung der Initiative »Alle Dörfer bleiben«. Zum Abschluss der Kundgebung wurde ein großes, aus Menschen gestaltetes X gebildet. Zudem fand eine Banneraktion von Fridays for Future (FFF) Ukraine statt. »Wie können wir uns auf eine Regierung verlassen, den Frieden in der Ukraine mitzugestalten, wenn sie die Häuser und Dörfer in ihrem eigenen Land für fossile Energien zerstört? Sie zerstört diese Dörfer für fossile Energien, die

auch den Krieg gegen mein Land finanzieren«, kommentierte Ilyess El Kortbi von FFF Ukraine.

Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster und der Hof-Verkauf von Eckardt Heukamp an RWE (CONTRASTE berichtete) ändere nichts am fortgesetzten Protest der Bewegungen, die sich aktiv für den Verbleib Lützeraths einsetzen: »Dass Eckardt Heukamp unter diesen Bedingungen nicht länger Spielball politischer und wirtschaftlicher Interessen bleiben wollte, ist verständlich und ändert für uns nichts. Über die Zukunft

der Dörfer, Lützeraths und unserer Energie- und Klimapolitik muss politisch entschieden werden«, so Alexandra Brüne von »Alle Dörfer Bleiben«.

Zora Fotidou von »Lützerath Lebt!« nahm in ihrem Statement Bezug auf die Vernetzung mit Aktivist\*innen und Kämpfen in Mexiko: »Die Klimakatastrophe ist jetzt schon so schlimm, dass unsere Verbündeten in Mexiko um Wasser zum Leben kämpfen müssen. Und hier, wo die Katastrophe produziert wird, soll noch nicht einmal das Pariser Abkommen eingehalten werden. Nicht mit uns!«

In Zusammenarbeit mit der Kampagne »Make Rojava Green Again« soll in Lützerath am 28. Mai ein internationales Jugendfestival stattfinden. Unter dem Motto »Kämpfe verbinden – Kapitalismus überwinden« sind Menschen eingeladen, zusammenzukommen, sich auszutauschen und eine gemeinsame Kultur des Widerstands zu schaffen.

Links: [luetzerathlebt.info](http://luetzerathlebt.info), [makerojavagreenagain.org](http://makerojavagreenagain.org)

Lest dazu auch den Beitrag auf Seite 8 über die Karawane für das Wasser und das Leben.

ÜBER UNS

INHALTSVERZEICHNIS

<b>NACHRICHTEN</b> OSTERMARSCH, KÖLN POLITISCHER PROZESS GEGEN WHISTLEBLOWER	<b>SEITE 3</b>	<b>SCHWERPUNKT</b> SOLOCAL ENERGY, KASSEL CSX-NETZWERK	<b>SEITE 9</b>
<b>PROJEKTE</b> TIPPING POINTS AG BERATUNG	<b>SEITE 4</b>	<b>SEITE 10</b>	
<b>PROJEKTE</b> SUPERFOOD_SCHLEUDERGANG AUF DEM KARLA*HOF	<b>SEITE 5</b>	<b>SEITE 11</b>	
<b>BEWEGUNG</b> GRUNDSICHERUNG, BÜRGERGELD, DIE LINKE UND SELBSTORGANISATION	<b>SEITE 6</b>	<b>SEITE 12</b>	
<b>GENOSSENSCHAFTEN</b> ALTE MU EG, KIEL QUARTIERSGENOSSENSCHAFTEN	<b>SEITE 7</b>	<b>SEITE 13</b>	
<b>ÜBER DEN TELLERRAND</b> KARAWANE FÜR DAS LEBEN UND DAS WASSER RECHTSTICKER	<b>SEITE 8</b>	<b>SEITE 14</b>	
<b>REZENSIONEN</b> TEXTE FÜR GISELA NOTZ WIR HOLEN EUCH AB! START WEARING PURPLE SPURWECHSEL WE SHUT SHIT DOWN	<b>SEITE 15</b>	<b>SEITE 16</b>	
<b>TERMEINE, KLEINANZEIGEN</b> KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM			

**contrastE** ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer fünf Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter:  
<https://www.contraste.org/redaktion/ueber-uns>

contrastE abonnieren!

**Standard-Abo** (Print oder PDF) zu **45 Euro** jährlich  
(**51 Euro** bei Lieferung ins europäische Ausland)

**Kombi-Abo** (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich

**Kollektiv-Abo** (fünf Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

**Fördermitgliedschaft** mind. **70 Euro** jährlich, für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mind. **160 Euro** jährlich

Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet, **contrastE** finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Bestellen unter: **abos@contrastE.org**

Schnupperabo

Für nur **9 Euro** bekommt ihr drei Ausgaben als Print oder PDF zugeschickt. (Bezahlung im Voraus, endet automatisch ohne Kündigung)

AKTION 2022

Abo-Aktion im Mai

Liebe Leser\*innen,

oft lässt sich gerade in Krisenzeiten beobachten, wie wichtig und sinnvoll selbstorganisierte Strukturen sind. Dank des freiwilligen Engagements vieler Menschen erhalten die Geflüchteten aus der Ukraine viel Unterstützung. Beispielhaft berichten in dieser Ausgabe Aktivist\*innen vom Gäst\_innenhaus in Dannenrod, wie Menschen aus der Ukraine bei ihnen unterkommen. Spendensammlungen, private Fahrdienste und Unterkünfte, Angebote für geflüchtete Kinder – die Palette der guten Ideen ist riesig.

Doch wie Pro Asyl berechtigterweise fragt: »Warum nicht immer so?« Leider misst die EU immer noch mit zweierlei Maß und behandelt nicht alle Geflüchteten so angemessen. Die Situation an der polnisch-belarussischen Grenze oder in den griechischen Lagern ist immer noch dramatisch. Auf dem Mittelmeer gehören Tod durch Ertrinken und illegale Pushbacks weiterhin zum Alltag. Das dürfen wir nicht vergessen.

Ihr habt die CONTRASTE zum Glück auch in diesen turbulenten Zeiten nicht vergessen. Und deshalb haben wir unser Spendenziel für 2022 schon fast erreicht. Vielen Dank für die 163 Euro Spenden im letzten Monat!

Leider sinken derzeit unsere Abo-Zahlen ein wenig: Im letzten Monat erreichten uns insgesamt zehn Kündigungen, davon zwei Fördermitgliedschaften. Nur zwei neue Abos wurden bestellt, davon ein befristetes Knastabo. Ein Abo wurde auf eine Fördermitgliedschaft umgestellt. Außerdem ging ein Schnupperabo raus.

Um diesem Trend etwas entgegenzusetzen und neue Leser\*innen zu erreichen, starten wir im Mai wieder eine besondere Aktion. In diesem Monat könnt ihr ein vergünstigtes Jahresabo für 30 statt 45 Euro bestellen. Das Abo ist auf ein Jahr befristet und kann danach zum Normalpreis verlängert werden. Natürlich könnt ihr dieses Abo gerne auch an eine andere Person verschenken. In Krisenzeiten sind selbstorganisierte Strukturen nicht nur wichtig für Betroffene – sie können uns zwischen den vielen schlechten Nachrichten auch die Gewissheit geben, dass wir die Welt anders gestalten können.

BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL



Illustration: Eva Sempere

ÜBER LÖSUNGEN BERICHTEN

VON REGINE BEYSS

In der letzten CONTRASTE-Ausgabe ging es an dieser Stelle um das Thema Angst und welche gesellschaftlichen Auswirkungen sie haben kann. Tatsächlich habe ich mich davon stärker angesprochen gefühlt, als mir lieb war. Da war schon länger ein Gefühl, das ich so noch nicht kannte. Es war keine konkrete Angst, wie zum Beispiel vor einem Tier, einem Ereignis oder einem anderen Menschen. Ich las ein Zitat der Autorin Elif Shafak, die von einer »große[n] und zunehmende[n] Sorge über den Zustand der Welt und unseren Platz darin« spricht. Es sei, als würden wir uns ganz grundsätzlich davor fürchten, überhaupt auf der Welt zu sein.

Dieser Satz resonierte sehr mit mir. Und diese Erkenntnis, dass ich mich grundsätzlich vor meinem Sein in der Welt fürchtete, fand ich nicht besonders attraktiv. Sie passte nicht zu dem Bild, das ich von mir als politischer Aktivistin habe. Aktivist\*innen sind schließlich stark und mutig, und vor allem lassen sie sich niemals unterkriegen von den äußeren Bedingungen. Stets haben sie das Ziel vor Augen und geben die Hoffnung nicht auf, dass es sich eines Tages zum Besseren wendet. Und doch musste ich mir eingestehen, dass die letzten Jahre auch bei mir Spuren hinterlassen hatten. Corona-Pandemie, Klimakrise und der Krieg in der Ukraine – da blieb irgendwann nicht mehr viel Platz für Hoffnung und Enthusiasmus.

Zum Glück fand ich aus dieser Stimmung bald wieder einen Ausweg. Und zwar am gleichen Ort, an dem ich auch das oben genannte Zitat gefunden hatte. In »Wie wir die Welt

sehen« beschreibt die Journalistin Ronja von Wurmb-Seibel, was negative Nachrichten mit unserem Denken machen. Ich saugte jedes der Kapitel in mich auf. Ich fand Erklärungen für meine Stimmung. Und darüber hinaus fand ich konstruktive Vorschläge, wie ich mit den täglichen – vor allem schlechten – Nachrichten umgehen könnte, sowohl als Konsument\*in als auch als Produzent\*in von Medien. Wurmb-Seibel erklärt, wie die klassischen Nachrichtenfaktoren von einer Beschreibung zur Grundlage für die Nachrichtenauswahl wurden, warum ausschließlich negative Nachrichten Hilflosigkeit und Ohnmacht auslösen und dass Stress auch durch ein traumatisches Ereignis ausgelöst werden kann, das wir erst in der Zukunft oder vielleicht sogar nie erleben werden – einfach nur dadurch, dass wir zu oft davon hören. Und nein, es gehe nicht darum, »Negatives auszusparen [und] nur noch Wohlfühlgeschichten zu erzählen«. Vielmehr sollten Journalist\*innen sich bemühen, auch mögliche Auswege aus schwierigen Situationen aufzuzeigen. Das hinterfrage auch die Machtverhältnisse, die zu dem Problem geführt haben.

Ich bin sehr dankbar, dass mir dieses Buch vor ein paar Wochen empfohlen wurde. Denn es hat auch dazu geführt, dass mir wieder klarer geworden ist, warum wir jeden Monat die CONTRASTE herausbringen. Wir bemühen uns, Lösungen aufzuzeigen und davon zu berichten, was Menschen gemeinsam auf die Beine stellen können. So hat es die Angst deutlich schwerer, sich breit zu machen.

Alte Contraste Ausgaben gesucht!

Liebe Leser\*innen,

wir sind dabei, unser Print-Archiv zu vervollständigen. Gesucht werden vor allem CONTRASTE-Ausgaben der Jahre 1984 bis 2004. Vielleicht gibt es ja in unserer geschätzten Leserschaft Menschen, die CONTRASTE aufbewahren und uns einzelne Ausgaben zur Verfügung stellen würden? Des Weiteren wäre es für uns interessant, zu erfahren, ob noch andere Archive oder Teilarchive existieren? Womöglich befinden sich ja in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis Menschen, die mal eine Sammlung angelegt haben oder kennen vielleicht eine Organisation oder ein Institut, die dies mal taten?

Auch unser PDF-Archiv will vervollständigt werden und dafür suchen wir ebenfalls Unterstützung.

Für unser Format braucht es einen A2-Scanner und eine Idee wäre, die Ausgaben unter Anleitung selbst einzuscannen. Eine weit professionellere Archivierung könnte zum Beispiel im Zuge eines entsprechenden Studiengangs oder einer Ausbildung als Teil des Praktikums erfolgen.

Wer könnte sich vorstellen, uns in dieser Richtung zu unterstützen?

Hilfreiche Tipps gerne an: **termine@contrastE.org**

Wir danken den Spender\*innen

H.J.	15,00
B.M.	40,00
L.C. & M.L.	8,00
S.U.	100,00

Aus der CONTRASTE-Redaktion grüßt

Regine Beyß

IN DIESER AUSGABE WURDE DIE FARBSEITE 3 EXTERN FINANZIERT.

Spendenticker » Aktion 2022 «

95,00 % finanziert 7.599,80 Euro Spenden 400,20 Euro fehlen noch

Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt noch **400,20 Euro**.

Spenden für CONTRASTE

CONTRASTE E.V.

IBAN DE0250890000051512405

BIC GENODEF1VBD

OSTERMARSCH 2022, KÖLN

# Vom Feind zur Menschheit

**CONTRASTE dokumentiert an dieser Stelle die Ostermarsch-Rede von Pfarrer Matthias Engelke am 16. April 2022 in Köln am dortigen Deserteursdenkmal. Dieses würdigt in Form einer Pergola des Schweizers Ruedi Baur Deserteure und Kriegsgegner\*innen aus der Zeit des Nationalsozialismus.**

Es kann wahrscheinlich in Köln keinen besseren Platz als diesen geben, um die Atombombengefahr unserer Welt zu thematisieren: an dem Kölner Denkmal für Deserteure; vor dem EL-DE-Haus, der ehemaligen Gestapo-Zentrale; vor dem Zeughaus, das heißt dem Kölner Waffenlager, heute Stadtmuseum, und am Gebäude der ehemaligen Strafrechtspflege. In ihm wurden im sogenannten Dritten Reich mindestens 123 Deserteure zum Tode verurteilt: Menschen, die sich weigerten, zu schießen, zu töten, auszulachen, zu diskriminieren und Solidarität und Zivilcourage zeigten – insgesamt 350.000 bis 400.000 deutsche Soldaten – also eine bedeutende Minderheit, denn genau darum geht es in der Auseinandersetzung mit den Atomwaffen und im Kampf für eine Welt ohne Atomwaffen befreit vom Terror der Atombomben.

Gegenwärtig grassiert eine Ansteckung, die gefährlicher als der Coronavirus ist – das ist die Gewaltgläubigkeit; Menschen, die sich gestern noch für Pazifist\*innen hielten und gehalten wurden, lassen sich umwandeln, lassen sich umwandeln von einem Verbrechen – denn jeder Krieg ist ein Verbrechen, erst recht ein Angriffskrieg, »das größte internationale Verbrechen« (so das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal 1946). Und warum sollen wir Kompliz\*innen von einem Verbrechen werden? Einem Verbrechen, das ihnen nun bemerkenswert nahe kommt, obwohl es solche Kriege zuvor schon jahrelang gab, aber eben woanders. Sie lassen sich vom Ukraine-Krieg polarisieren und verfallen in die einfache Aufteilung der Welt in Opfer, Täter\*innen und Retter\*innen.

Dabei ist es doch der sprichwörtlich gewordene Westen, der dafür eintritt, dass jeder Mensch eine eigene, unverwechselbare Würde hat und das Leben jedes Menschen sein unüberholbares und uneinholbares Gewicht. Und dies soll jetzt auf einmal nicht mehr gelten, weil es sich um einen russischen Soldaten handelt, weil es um Putin geht und seine Helfershelfer?

Deserteure haben zu allen Zeiten die Vernunft mitten im Krieg wieder entdeckt. Sie sind es, die mitten in

finsteren Zeiten uns ein Licht aufstecken, damit auch wir und unsere Welt zur Vernunft kommen und wir uns miteinander befreien von der polarisierenden Macht der Gewalt: Solch eine Befreiung ist möglich – vor allem durch: Mitleid – auch mit den Leiden meines Feindes.

Der Atombombe haftet ihr Ursprungsgeist bis heute an. Solch eine atomare Massenvernichtungswaffe zu bauen, ist eines der Horrorergebnisse des deutschen Nationalsozialismus. Sein Nihilismus, das Leben von Millionen von Menschen opfern zu wollen für einen vermeintlich besseren Zweck, dieser Nihilismus hat die Sieger\*innen angesteckt, der Geist der Besiegten hat die Sieger erfasst. Als das einige der Forscher\*innen, die dieses betrieben, erkannten, war es zu spät. Mit den Hiroshima- und Nagasaki-Atombomben begingen die Vereinigten Staaten von Amerika zwei Kriegsverbrechen, die bis heute nicht geahndet wurden, und damit wird jedem anderen Inhaber solcher Waffen signalisiert, zu glauben, sie selbst straffrei einsetzen zu können.

Die Behauptung, dass die Ukraine sich jetzt hätte schützen können, wenn sie die sowjetischen Atomwaffen behalten hätte, ist historischer Unfug: Nach der Wende war nicht ausgemacht, wer Nachfolger der Sowjetunion im Sicherheitsrat wird, denn in der Ukraine lagerte das drittgrößte Atomwaffenarsenal der Welt. Von allen Seiten wurde dem jungen Staat signalisiert: Ihr werdet für uns das Nord-Korea Europas, wenn ihr die Atomwaffen nicht abgibt und die dringend benötigte Aufbauhilfe ist unmöglich, solange ihr noch im Besitz von Atomwaffen seid. Nach dem Abzug der Atomwaffen und den Sicherheitsgarantien für die Ukraine (Budapest 1994) wurde versäumt, näher zu bestimmen, was die Garantien genau beinhalten und zugleich wurde das politische Geflecht, das diese hätte ermöglichen können, die Vereinten Nationen und die OSZE, mutwillig geschwächt.

Wenn nach der Logik der Abschreckung Atomwaffen von Angriffen abhalten sollen, dann wäre die Bewaffnung aller Staaten, die noch keine Atomwaffen besitzen, zu befürworten, also auch Iran, Saudi-Arabien, Jemen, Ägypten, Mali, Bangladesch – ein Staat von vier Atomwaffenstaaten umgeben.

Die Geschichte zeigt, dass Atomwaffenbesitz nicht vor Kriegen schützt, wie die bewaffneten Auseinandersetzungen um Kaschmir zwischen Pakis-



▲ Ostermarsch 2022 in Köln

Foto: Martin Bauer, r-mediabase

tan und Indien zeigen. Auch Israel, obwohl im Besitz von Atomwaffen, ist nicht vor Angriffen geschützt. Der einzige wirksame Schutz gegen Atomwaffen ist ihre Abschaffung. Was ihr im Wege steht, ist die Suchtabhängigkeit von Waffen und der Gewaltglaube in allen Staaten, die über Armeen verfügen, auch in unserer Gesellschaft.

Die Angst vor dem Einsatz von russischen Atomwaffen in diesem Krieg halte ich darum für real. Umso wichtiger sind die Menschen, die als Zeug\*innen der Menschheit ihrem Gewissen folgen und sich solchen

Befehlen widersetzen, nicht nur in der russischen Armee, sondern in jeder Armee, die über Atomwaffen verfügt oder – wie es beschönigend heißt – daran teilhat, wie Deutschland.

Der Kriegsdienstverweigerer wendet den Blick, weg vom Feind, weg von seinem eigenen Erleben und Erleiden, dorthin, wo das Gemeinsame zwischen beiden zu finden ist, über uns [...]. Vom Feind zur Menschheit: Die Deserteure zeigen uns von Mitleid getrieben den Weg der Vernunft.

**Pfarrer Dr. Matthias Engelke ist aktiv beim Versöhnungsbund, Regionalgruppe Köln/Bonn.**

MELDUNGEN

## Prozess gegen Seenotretter\*innen

Fünf Jahre nach den umfangreichsten Ermittlungen gegen NGOs im Mittelmeer stehen 21 Angeklagte am 21. Mai im sizilianischen Trapani vor Gericht. Dort wird entschieden, ob die Anklage wegen »Beihilfe zur unerlaubten Einreise nach Italien« fallen gelassen oder ob ein jahrelanger Prozess eingeleitet wird, der mit einer 20-jährigen Haftstrafe enden könnte. Die vier deutschen Angeklagten Kathrin Schmidt, Dariush Beigui, Sascha Girke und Uli Tröder haben 2016/2017 als Teil der Crew auf dem Rettungsschiff »Iuventa« dazu beigetragen, mehr als 14.000 Menschen im zentralen Mittelmeer vor dem Ertrinken zu retten. Die von der Staatsanwaltschaft Trapani eingeleiteten Ermittlungen wurden im August 2017 international bekannt, als sie zur Beschlagnahme der Iuventa führten. Sie machten auch Schlagzeilen wegen ihrer umstrittenen Ermittlungsmethoden wie den Einsatz verdeckter Ermittler\*innen, Abhörmaßnahmen und auch die Überwachung von Journalist\*innen, Anwalt\*innen und Geistlichen.

Link: [iuventa-crew.org](http://iuventa-crew.org)

## Dritte Runde des RWE-Tribunals

In der dritten Sitzungsperiode des RWE-Tribunals am 23. und 24. April wurden in Düsseldorf folgende Themenkomplexe verhandelt: Die Verfilzung von RWE mit der NRW-Landespolitik und den Behörden sowie die Beteiligung von RWE an Atomkraft-Anlagen. Zwölf Zeug\*innen sowie Sachverständige führten die einzelnen Anklagepunkte aus, darunter zum Beispiel Vladimir Sliviyak von der Umweltschutzorganisation Ecodéfense und Andrea Brock, Öko-Politologin von der University of Sussex. Gemeinsam wurde analysiert, wie genau die Landespolitik und die Verwaltung in NRW die Geschäftsinteressen von RWE systematisch gefördert hat und welche destruktiven Auswirkungen die Beteiligung von RWE an Atomkraft-Anlagen hat. Die Tribunal-Initiative ist ein Bündnisprojekt von Menschen verschiedener Gruppen. Sie soll den Widerstand im Rheinischen Braunkohle-Revier verstärken und vernetzen sowie mehr öffentliche Aufmerksamkeit bewirken.

Link: [www.rwe-tribunal.org](http://www.rwe-tribunal.org)

MEINUNGS-, PRESSE-, INFORMATIONSFREIHEIT IN GEFAHR

# Politischer Prozess gegen Whistleblower

**Am Landesgericht Wien endete am 30. März der Prozess gegen Julian H. mit einem Schuldspruch und 3,5 Jahren Haft. Epicenter.works und Amnesty International äußern Bedenken, dass es sich um ein politisch motiviertes Urteil handeln könnte, um eine abschreckende Wirkung auf zukünftige Aufdecker\*innen zu erzielen.**

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Julian H. ist der Mann, der das berüchtigte »Ibiza Video« gedreht hat, das im Mai 2019 die österreichische Innenpolitik aufwirbelte. Der damalige FPÖ-Vorsitzende und spätere Vizekanzler Heinz Christian Strache ließ sich dort unter Alkohol- und möglicherweise Drogeneinfluss über die

Korruptionspraktiken im Umfeld der österreichischen Politik aus – »Novomatic zahlt alle« – und trug einer angeblichen russischen Investorin eine österreichische Tageszeitung zum Kauf an, sollte er Bundeskanzler werden. Anstatt dass aber er vor Gericht landete, war es der »Aufdecker«, der angeklagt wurde.

Nun kann man darüber diskutieren, ob ein solches Täuschungsmanöver legitim ist, um einen korrupten Politiker zu entlarven, oder eine strafbare Handlung darstellt. Julian H. wurde jedoch nicht wegen des Videos angeklagt, sondern wegen Urkundenfälschung und Drogendelikten. Im Vorfeld des Prozesses wurden epicenter.works Unterlagen zugespielt, die zeigten, dass die Ermittlungen auf

teils konstruierten Vorwürfen basierten, die dazu genutzt wurden, den Aufdecker zu diskreditieren. Auch waren die Zeugenaussagen völlig inkonsistent.

Gemeinsam mit Amnesty International begleitete darum epicenter.works das Verfahren vor Ort. Die völlig überschießenden Ermittlungsmaßnahmen und dubiose Vorgänge während des Prozesses bestätigten den Verdacht, dass es sich wohl um einen größeren Komplex handelt, als vordergründig vor Gericht verhandelt wurde.

Das Urteil hat laut epicenter.works das Zeug für einen ganz großen Skandal – denn der Schöffensenat befand Julian H. für schuldig in allen Anklagepunkten. Dabei stützt sich der Schuldspruch vor allem auf

die Hauptbelastungszeug\*innen. An manche von ihnen gab es Zahlungen in fünfstelliger Höhe aus dem Umfeld des Glücksspielkonzerns »Novomatic« als Gegenleistung für Informationen. Zudem widersprachen sie sich selbst bzw. einander mehrfach an entscheidenden Stellen, um sich am Ende gegenseitig der Lüge zu bezichtigen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, der Anwalt von Julian H. legte Berufung ein.

Detail am Rande: Bereits im Februar leitete die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich ein, weil die Richtlinie zum Schutz von Whistleblower\*innen nicht fristgerecht umgesetzt wurde.

Link: <https://cutt.ly/7Fnq53x>

ANZEIGE

**Viva la autonomía!**

Solidarischer Handel mit  
Kaffee aus Chiapas/Mexiko und Cauca/Kolumbien,  
Spiel Autonomía Zapatista,  
Musik von lucha amada,  
Olivenöl von BeCollective,  
Tee von ScopTi,  
Seife von vio.me,  
Bücher & Filme,  
T-Shirts

Infos und neuer Online-Shop:  
[www.aroma-zapatista.de](http://www.aroma-zapatista.de)

TIPPING POINTS - EIN WOCHENENDE VOLLER WORKSHOPS

## Für den Wandel müssen wir Vieles können

Im Herbst 2019 organisierten Menschen rund um »System Change not Climate Change« das erste »Tipping Points« in Graz, derzeit ist bereits das siebte in Planung. Laura war von Anfang an dabei, Jonas ist erst vor kurzen dazu gestoßen. Brigitte Kratzwald sprach für CONTRASTE mit den beiden aus dem Orga-Team.

**CONTRASTE:** Laura, was war die Idee hinter dem ersten Tipping Points (TP), warum habt ihr das gemacht?

**Laura:** Damals sind gerade die »Fridays for Future« groß rausgekommen und es gab eine große Zahl an Menschen, die sich neu politisch engagiert haben. Wir haben uns gedacht, einerseits ist es vielleicht schwierig, über den Sommer die Motivation aufrechtzuerhalten und da wäre es schön, im Herbst ein Event zu haben, wo man wieder zusammenkommen kann. Und zweitens brauchen diese vielen neuen Aktivist\*innen bestimmt einige Skills. Wir haben ein Programm mit ca. 20 Workshops auf die Beine gestellt und nicht nur bei den Fridays beworben, sondern auch bei anderen progressiven sozialen Bewegungen und konnten damit auch einen Vernetzungsraum neben den Workshops schaffen.

**Jonas, seit wann bist du im Team und was hat dich motiviert, mitzumachen?**

**Jonas:** Ich bin erst seit wenigen Wochen im Team, das ist die erste Ausgabe, die ich mit organisiere. Beim Tipping Points light im Februar habe ich als Helfer mitgemacht und ich war auch schon bei einem Teamtreffen dabei. Das Team ist sehr gemischt, es sind Leute aus verschiedenen sozialen Bewegungen dabei. Mir hat gefallen, dass die Menschen sehr schön miteinander umgehen, es auch darum geht, alle mit an Bord zu holen, dass jede\*r etwas beitragen kann und auch dabei unterstützt wird. Das schafft auch eine



▲ »Tipping Points light« im Amerlinghaus in Wien im Februar 2022

Foto: Humus e.V.

gute Atmosphäre für die Workshops, so dass die Referent\*innen sich voll auf ihre Tätigkeit konzentrieren können, weil sich gut um sie gekümmert wird. Da sind dann auch die Teilnehmer\*innen aktiv dabei und es kann ein sehr produktiver Austausch entstehen.

Außerdem finde ich, Methoden und Fähigkeiten vermitteln ist super wichtig für einen dezentralen und selbstorganisierten Wandel, da müssen viele Leute Vieles können, es müssen viele Leute gut sein darin, strategisch zu denken, sich um sich selbst zu kümmern, Allianzen zu schmieden, zusammenzuarbeiten, schlau zu kämpfen, dafür ist dieser Ansatz wichtig.

**Laura, was ist seit dem ersten TP passiert?**

**Laura:** Unser Ansatz war von Anfang an, nur wenig in Wien zu machen, weil sich in Wien ohnehin sehr viel konzentriert. Darum haben wir gedacht, wir machen es jedes Mal in einer anderen Stadt. Nach Graz hatten

wir für März 2020 ein TP in Salzburg geplant, da ist dann fünf Tage vorher der erste Lockdown gekommen. Wir haben dann spontan einiges online gemacht – inzwischen ist das so selbstverständlich, aber damals war das so ganz neu, und alle haben gemeint, online Workshops halten, das geht doch gar nicht! Wir haben ein reduziertes Programm gemacht, auch Austauschräume aufgemacht und das hat sehr den Puls der Zeit getroffen.

Im Frühjahr 2020, während des ersten Lockdowns haben wir eine Online-Workshopserie daraus gemacht, das hieß dann Tipping Times. Jede Woche war eine Workshop, dabei haben wir viel gelernt. Im Laufe des Jahres 2020 haben wir dann den Verein Humus gegründet, der jetzt der Hauptträger ist.

Im Herbst wollten wir den nächsten Anlauf in Salzburg machen, dann kam uns der nächste Lockdown dazwischen und wir mussten wieder auf online umstellen. Seither hat es sich eingespielt, dass zwei bis dreimal im

Jahr ein TP stattfindet, entweder online oder offline. Die letzte große Veranstaltung in Präsenz konnten wir im November 2021 in Linz machen und zuletzt im Februar gab es das Tipping Points light, eine kurze kleine Ausgabe in Wien.

**Warum dieser Fokus auf Skills und nicht Inhalte? Und wie findet ihr die Workshopleiter\*innen dafür?**

**Laura:** Wir sehen Wissensweitergabe als einen wichtigen Beitrag zu strategischen und nachhaltigen politischen Bewegungen. Unsere Gegner\*innen haben viele Ressourcen und Skills. Daher ist es wichtig, dass wir unsere begrenzten Ressourcen und Zeit bestmöglich für die Transformation einsetzen können. Wir sehen Aktivismus nicht als Hobby, sondern als politisches Handwerkzeug, und das will gelernt sein.

Als Workshopleiter\*innen fragen wir Menschen, die schon lange selbst aktiv sind. Die Workshops sollen praxisnah

sein, Erfahrungen aus sozialen Bewegungen einbringen. Schön ist, dass wir immer wieder Leute motivieren können, Workshops zu entwickeln, die es vorher noch nicht gab. Manchmal bekommen wir auch Angebote und wenn es dazu passt, nehmen wir das an.

**Jetzt plant ihr gerade das nächste TP in Innsbruck, könnt ihr darüber etwas erzählen?**

**Jonas:** Das Schwerpunktthema wird »Direkte Aktion« sein. Es geht um die Idee, dass man selber handlungsfähig ist in der politischen Welt. Es ist nicht unsere einzige Möglichkeit zu demonstrieren und dann zu warten, ob sich etwas ändert, sondern selbst etwas zu ändern, die Vision für eine bessere Welt zumindest in Teilen jetzt schon erschaffen, darum soll es gehen. Stattfinden wird es in Innsbruck, vom 17. bis 19. Juni. Das Programmteam arbeitet gerade das Workshop-Programm aus.

**Laura:** Mir ist es wichtig, dass wir uns klar werden, welche unterschiedlichen Arten von Engagement wir vielleicht eh schon ausüben und was es an Spielräumen gibt. Nicht an »die da oben« zu appellieren, sondern zu sagen: Gut, dann organisieren wir uns selbst. In der Klimagerechtigkeitsbewegung ist es zum Beispiel gerade ein wichtiges Thema, ob Sabotage eine legitime Protestform ist. Ich finde es auch interessant, sich das historisch anzuschauen, wo wurde das angewendet, mit welchem Erfolg.

An Innsbruck gefällt mir auch die geografische Lage, da können wir vielleicht auch Menschen aus Deutschland, Südtirol oder der Schweiz dazu bekommen.

**Danke für das Gespräch und viel Erfolg für das nächste Tipping Points!**

**Links:**  
humus.live,  
tippingpoints.life

### KOLLEKTIVE BERATUNGSSCHNIPSEL

## Wir sehen uns dann vor Gericht...?

AG  
Beratung

...auf das Kleingedruckte kommt es an

Am Anfang der AGBeratung stand der RGW – der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, eine Berliner Beratungsstelle, die seit 25 Jahren kollektive Projekte aller Art berät. Über die Jahre wurden die Mitglieder des RGW weniger und älter. Das angesammelte Wissen sollte aber nicht verloren gehen und so wurde Nachwuchs gesucht. Das neue Beratungskollektiv entwickelt seine eigene Struktur und Arbeitsweise, kann dabei aber aus dem Erfahrungspool 25-jähriger Beratungsarbeit schöpfen. Diese Kolumne erzählt Geschichten aus dem Beratungsalltag.

www.agberatung-berlin.org

Der Gegensatz zwischen den Zwängen der verfügbaren Rechtsformen im Kapitalismus einerseits und den solidarischen Gemeinschaftszielen von Gruppen andererseits – er ist und bleibt hartnäckig ein Dauerbrenner. Dr. Google trägt mit schier unerschöpflichem Halbwissen und Gefahrenwarnungen beständig dazu bei, aber auch so genannte »Expert\*innen«, die sich vermehrt im Umfeld von Selbstverwaltung und Selbstorganisation tummeln. Und letztlich viele Projektmitglieder selbst, die sich rechts- und gerichtsfeste Vereinbarungen in ihren Gruppen wünschen und manchmal auch einfordern. Wie aus der Kollektive-Steinzeit klingt da der alte Leitspruch: illegal – scheißegal!

Nicht selten beginnen Beratungen mit Betrieben, Hausprojekten oder Vereinen in etwa so: »Wir haben schon alles fertig, es gibt nur noch ein paar kleine Fragen...« Und dann stapeln sich die formalen Satzungen der Vereine, GmbH's, Genossenschaften, OHG's und GbR's ausgedruckt auf dem Besprechungstisch. Und es folgen gedankliche Klimmzüge, noch irgendwas zwischen die §§ zu quetschen. Und

Fragen wie: Dürfen wir das, was ist erlaubt, was geht nicht oder was sind mögliche Konsequenzen bei Abweichungen? Ist das auch wirklich alles rechtsgültig? Oder mit anderen Worten: vor der bürgerlichen Justiz verhandelbar?

Wenn es im Gespräch gelingt, dass sich die Beteiligten wieder selbst anschauen und nicht mit der Nase am Satzungstext kleben, dann hören die Ohren wieder die eigentlich zentralen Fragen: Wie wollen die Beteiligten die Verantwortung und Entscheidungen gemeinsam tragen? Welche Regeln untereinander vereinbaren, um sich miteinander zu trauen und gegenseitig zu vertrauen?

Projekte wollen solidarisches Leben, Wohnen oder Arbeiten erproben und dabei die Regeln des Kapitalismus zumindest ausbeulen, doch am Ende soll ein bürgerliches Gericht darüber entscheiden. Werden eigene Regeln erst ernst genommen, wenn sie die höheren Weihen des Rechtssystems bekommen? Vertrauen in eine Justiz, die bekanntermaßen unter anderem nach ungleichen und diskriminierenden Grundsätzen richtet? Der Teufel

scheißt schließlich immer auf den größten Haufen. Oft vernebeln die Expert\*innen diesen Widerspruch und verhindern einen Diskurs darüber. Sehen wir uns also am Ende vor Gericht wieder? Auf unsere direkte Frage ernten wir dann in aller Regel verdrecktes Gelächter und betretene Verneinen.

Der Wunsch nach Verlässlichkeit, Klarheit und kalkulierbaren Prozessen ist absolut verständlich. Ja, sogar von zentraler Bedeutung unter anderem für die Identität und damit den Mut zum Risiko bei allen Vorhaben. Die gemeinsamen Absprachen müssen auch stürmische Zeiten überstehen. Und zur Teilnahme am Kapitalismus sind Rechtsformen letztlich fast immer unverzichtbar. Doch es kommt auf die Reihenfolge der Herangehensweise an. Das macht den Unterschied.

Wir sollten uns vorrangig darin bestärken, unsere eigenen Regeln in den Mittelpunkt zu stellen. Nicht Orientierung darin suchen, was uns das Genossenschaftsgesetz, Handelsrecht, GmbH-Gesetz oder Vereinsrecht eventuell noch übrig lässt. Eigene Kollektivstatuten und Binnenverträge müssen gründ-

lich und sorgfältig ausgearbeitet sowie fortlaufend besprochen und aktualisiert werden. Sie bilden die Richtschnur, das politische und soziale Rückgrat und das gegenseitige Versprechen in der Praxis. Sie imprägnieren Projekte, zumindest nach innen und untereinander, vor chaotischen und willkürlichen Entwicklungen, auch und gerade im Streitfall. Dabei können beschlossene Schiedsvereinbarungen sogar die öffentliche Rechtsprechung in sehr vielen Bereichen vor der Tür lassen. Dann und erst dann muss versucht werden, das eigene Regelwerk schadlos vor den Zwängen der äußeren Rechtsformen in Sicherheit zu bringen. Dafür wurden in Generationen von Projekten/Betrieben in den letzten Jahrzehnten vielfältige und wirkungsvolle Wege gesucht, gefunden und erprobt. Aus diesem großen Korb von praktischen Erfahrungsschätzen, in allen möglichen Branchen, sollten wir uns vorrangig bedienen. Dabei machen wir vielleicht neue Fehler bei unseren Versuchen, wiederholen aber keine alten!

AG Beratung

SUPERFOOD\_SCHLEUDERGANG AUF DEM KARLA\*HOF

# Erfahrungen aus der Schattenökonomie

Wie können wir »aufhören, Kapitalismus zu machen« (John Holloway, CONTRASTE Nr. 444)? Jörg Sommer spricht vom Konzept der Ausweitung der »Schattenwirtschaft« (CONTRASTE Nr. 449/450). Leser\*in Flora thematisiert die unzureichende Grundversorgung durch bestehende »Schenk-, Tausch, oder Gemeinwohl-Ökonomie[en]« und spricht sich für eine »umfassende Selbstversorgung« aus (CONTRASTE Nr. 450).

Seit fünf Jahren versucht die Superfood\_Schleudergang auf dem Karla\*hof eine Praxis der Tauschlogikfreiheit aufzubauen und zu leben. Unsere Analysen und Erfahrungen wollen wir als Teil der »Schattenwirtschaft« mit euch teilen.

Brotaufstriche, Gemüsekonserven, Marmeladen, Pesto, Sauerkraut, Chilisoßen, ... Die Auswahl der Produkte, die die Superfood\_Schleudergang herstellt und tauschlogikfrei weitergibt, steigt von Jahr zu Jahr an. Was mit Standmixer und Selbstversorgung angefangen hat, versorgt inzwischen überregional Haushalte mit kleinen bunten Gläsern mit Eingemachtem. Ihre Menge reicht weit über die Selbstversorgung hinaus. Die Abnehmer\*innen sind Freund\*innen, kleine Haushalte, Gäste des Karla\*hofs, WGs, aber auch Hausprojekte, Kommunen und Wagenplätze oder Solibaustellen und Politcamps. Das Besondere ist, dass die Gläser nicht gekauft werden können. Es gibt auch keine dafür vorgesehene Spendenbox oder Spendenempfehlung. Es gibt keinen direkten Tausch.

Es ist aber auch kein karitativer Akt der Nächstenliebe. Es geht um nichts weniger als das praktische Erproben der Verweigerung von Markt, Wertlogik und Warentausch. Es geht um eine reale Alternative zum Kapitalismus – tauschlogikfrei eben. Hier und jetzt. Zugegeben, das klingt etwas großspurig und ist auch mehr Provokation als Realität. Aber es ist auch eine Praxis, die seit knapp fünf Jahren Bestand hat und die sich ausweitet.

## Alles »for free«?

»There ain't no such thing as a free lunch?« Richtig. Auch wenn niemand für die Gläser bezahlen muss, sie also frei zugänglich sind, sind doch Arbeit, Energie und auch Geld hineingeflossen.

Zum einen werden viele Lebensmittel für den Gläserinhalt von solidarischen Gruppen aus unserem Umfeld ökologisch angebaut oder hergestellt und für die nicht-kommerzielle Weiterverarbeitung zur Verfügung gestellt. Was (noch) nicht aus unserem Netzwerk kommt, wird im Bio-Großhandel dazugekauft, vor allem Öl und Zucker. Um diese Kosten decken zu können, suchen wir nach (regelmäßigen) Spender\*innen. Saubere Gläser kommen von außen (zurück).

Zum anderen ist keine\*r ökonomisch von der Produktion abhängig. Sie basiert auf politischer Überzeugung, Spaß, unverdienten Privilegien und einem solidarischen Umfeld, das sie mitträgt. Laufende Kosten und Investitionen werden teils über Projektgelder, teils über Spenden finanziert. Das Ganze ist eingebettet in die solidarischen Strukturen des Karla\*hof und der Projektwerkstatt auf Gegenseitigkeit (PaG). Sie stellen Infrastruktur, tatkräftige Unterstützung oder solidarische Begleitung bereit. Und so machen sie das Unterfangen erst möglich.

Zwar sind unsere Produkte damit nicht »kostenlos« (free), denn Arbeit, Energie und Materialien wurden dafür aufgewandt. Aber sie sind frei zu haben (free), denn das ist die Absicht ihrer Produktion, anders als beispiels-



▲ Helfer\*innen der Superfood\_Schleudergang füllen frisch gemachten Aufstrich ab.

Foto: Privat

weise bei einem Restaurant, wo die Absicht die Erzielung von Gewinn ist.

## Bruch mit Markt und Konkurrenz

Mit »tauschen« meinen wir den direkten Tausch, also das, was wir meistens mit Geld machen: Dinge mit einem (abstrakten) Gegenwert bezahlen. Das nicht mehr zu tun, also nicht mehr im Kopf aufzurechnen, was wohl der Wert eines Aufstrichglases ist, ist eine große Herausforderung. Aber so lange wir an einen messbaren Wert glauben, den wir zwecks des Tauschens versuchen zu ermitteln, spielen wir das Spiel der Marktlogik mit. Wir treten in Konkurrenz um den günstigsten Preis. Verkürzt gesagt: Wer sich durchsetzt, macht Gewinne, kann die Produktion durch günstige Kredite (Kapital) steigern, dadurch günstiger Produkte anbieten, mehr Gewinne machen und so weiter.

Auf dem »freien Markt« sind nicht alle gleich. Im Vorteil sind die, die bereits über viel Kapital verfügen. »Wachse oder weiche!«.

Auf der Suche nach einer friedlichen und gerechteren Welt ist die Frage nach einem fairen Preis (dem Tauschwert) irreführend. Stattdessen könnten wir uns fragen: Was braucht jede\*r Einzelne zum Leben? Wie können wir gemeinschaftlich so viel beschaffen, dass alle genug haben? Was will ich dazu beitragen, wenn meine Bedürfnisse gemeinschaftlich erfüllt werden?

Der Tauschwert hingegen beruht immer auf Eigentum (Kapital) und Konkurrenz (Gewalt). Er schafft immer ein paar Gewinner\*innen und jede Menge Verlierer\*innen.

## Kultur der Schuld

Und noch schlimmer: Alle Gesellschaftsbereiche werden im Kapitalismus dem Diktat des Preises unterworfen, da dadurch Gewinn erwirtschaftet wird – egal, ob es sich um Gesundheit, Wohnen oder Nahrungsmittel handelt. Verzichten wir in unseren Leben auf den Tauschwert, bricht die Marktlogik zusammen, denn Arbeit und Produkte können dann nicht mehr in ihrem Wert miteinander verglichen und in Konkurrenz zueinander gesetzt werden. Es kann kein Gewinn erwirtschaftet werden.

Mit dem direkten Tausch aufzuhören, reicht aber leider nicht, wie die Praxis der Schleudergang zeigt. Wir

Menschen des globalen Nordens haben den Vorgang des Aufrechnens zu sehr verinnerlicht, um ihn einfach so abzulegen. Wenn ich etwas bekomme, verspüre ich den sofortigen Drang etwas »Gleichwertiges« zurückzugeben, denn hier kommt die Schuld ins Spiel. Schulden haben etwas mit moralischer Verpflichtung zu tun, die im Kapitalismus zur Not mit Gewalt durchgesetzt wird, zum Beispiel durch Gerichtsvollzieher\*innen. Selbst bei freiwilligem Geben und Nehmen wie bei Geschenken denken wir implizit mit, dass wir etwas zurück schenken müssten. Der Fokus menschlicher Interaktionen liegt somit auf dem Tauschwert, der wiederum tief in unser kulturelles Verständnis von Schuld eingegraben ist. Anderes Verhalten wird moralisch sanktioniert oder löst emotionale Verwirrung bei Menschen aus, bis hin zu Wut. Es ist ein Problem in dieser Beziehungslogik damit konfrontiert zu werden, nichts gleichwertig zurückgeben zu dürfen, um die gefühlte »Schuld« loszuwerden.

Das zeigt sich in unserer Praxis, weil es kaum eine kulturelle Selbstverständlichkeit für anderes Handeln gibt. Andere vom direkten Tausch abzuhalten, schafft meist kein konstruktives Potenzial und kein Gefühl der Verbundenheit und Gegenseitigkeit. Darum reicht es nicht, einfach nur mit der Tauschlogik zu brechen.

Es fehlt ein Bindeglied, das die Aufmerksamkeit weg von der Schuld und hin zu einer neuen Art der Beziehung miteinander lenkt. Aus einer Gesellschaft von Individuen, die ständig versuchen miteinander »quitt« zu werden und so (unbewusst) langfristige Beziehungen vermeiden, sollen Menschen erwachsen, die die Kooperation und das gemeinsame Handeln in den Vordergrund stellen. Der Fokus soll vom selbstverantwortlichen Individuum hin zur Gruppe, zur Gesellschaft, zum Gemeinsamen wandern, mit dem sich das Individuum umgibt und das (Über-)Leben ermöglicht. Die Kritik des Wertes wird damit auch zu einer Kritik der gesellschaftlichen Werte.

## Unsere Alternative: solidarische Gegenseitigkeit

Eine Möglichkeit der Verschiebung dieses Handlungsrahmens ist unser Vorschlag der solidarischen Gegenseitigkeit. Damit ist die noch utopische Idee gemeint, gesellschaftliche

Arbeitsteilung solidarisch und in Form gegenseitiger Unterstützung zu gestalten (vgl. »Schattenwirtschaft«). Über gemeinsame Absprachen werden Bedarfe (Essen, Kleidung, Gesundheitsversorgung, ...) gedeckt und die Tätigkeiten an unseren Bedürfnissen (Sinnhaftigkeit, Spaß, Kreativität, ...) ausgerichtet. Menschen handeln dabei nicht aus Schuld, sondern aus dem Wunsch sinnhaft beizutragen – und vom Kollektiv getragen zu werden. Das ist ohne eine neue Kultur der Kooperation nicht möglich.

Unser aller Leben ist aber momentan auf Markt und Tausch getrimmt und hängt davon ab. Wir müssen also auch unsere Beziehungen untereinander dabei nicht aus Schuld, sondern aus dem unternehmerischen Ich und hin zum beitragenden Teil einer kooperierenden Gemeinschaft.

Bereits jetzt können dafür kollektiv neue Spielräume geschaffen werden, indem wir uns gegenseitig vor Krisen absichern, zum Beispiel indem wir unser Einkommen oder Eigentum solidarisch teilen (vgl. Gemeinsame Ökonomien, PaG). Und wir können jetzt schon anfangen, alle unsere Lebensbereiche mit anderen gemeinsam zu organisieren, indem wir miteinander und füreinander produzieren, uns gegenseitig emotional und fürsorglich unterstützen und die Fragen und Konflikte des alltäglichen Zusammenlebens kollektiv angehen.

Unsere Gläser sind ein bescheidener Beitrag und ein erfahrbares Erlebnis, dass neue Beziehungen auf Basis einer anderen Kultur jetzt schon möglich sind – beschränkt und im Kleinen. Je größer jedoch das Netzwerk solidarischer Gegenseitigkeit wird, desto schlagkräftiger und bedeutsamer wird es auch. Und desto größer ist die Gefahr, versehentlich in den Kapitalismus integriert zu werden.

Um die Risse im Kapitalismus auszuweiten, muss dieser global betrachtet werden. Kolonialismus und kapitalistische Globalisierung haben den größten Teil der Menschheit, vor allem im globalen Süden, zu Rohstofflieferant\*innen und Billiglohnheeren verklärt – wenn notwendig auch durch Kriege. Durch den gleichzeitigen Import neoliberaler Ideologie von Wettkampf und Konkurrenz und dem Versprechen, dass es alle bis nach oben schaffen können, wenn

sie nur hart genug arbeiten, werden falsche Anreize zur Beteiligung an dieser gewaltsamen Art des Gegeneinanders gesetzt.

Deshalb suchen wir Anknüpfungspunkte an weltweite Erhebungen, Aufstände und Revolutionen, die sich von Ausbeutung und Unterdrückung durch den globalen Norden befreien wollen. »Im Herzen der Bestie« mit dem Kapitalismus zu brechen ist eine Form, diesen zu schwächen. Gleichzeitig experimentieren wir mit dem, was stattdessen sein könnte. Und irgendwann kann es dann vielleicht wirklich im Großen eine konkrete Alternative zur kapitalistischen Warenproduktion werden und die Welt positiv verändern.

Wenn du die Ausweitung dieses Projekts unterstützen möchtest, Fragen oder Diskussionsbedarf hast, dann schreibe uns eine Mail an [schleudergang@gegenseitig.de](mailto:schleudergang@gegenseitig.de).

## Links:

[www.karlahof.de](http://www.karlahof.de)

[ich-tausch-nicht-mehr.net](mailto:ich-tausch-nicht-mehr.net)

[gegenseitig.de](http://gegenseitig.de)

## ANZEIGE



Ist der Ferntourismus aus den reichen Ländern nützlich oder schädlich? Wer profitiert, wer verliert?  
**Tourismus**  
Urlaub in Entwicklungsländern  
Magazin Verlag, 2014, 48 Seiten, 2 Euro  
online bestellen: [www.brd-dritte-welt.de](http://www.brd-dritte-welt.de)

GRUNDSICHERUNG, BÜRGERGELD, DIE LINKE UND DIE SELBSTORGANISATION

## Wir waren schon mal weiter

Pandemie, Krieg, Aufrüstung, Inflation und Energiekrise – die Lage für Einkommensarme ist miserabel. Die Kosten steigen, der Regelsatz wurde ab Januar 2022 um ganze drei Euro auf 449 Euro für einen Alleinstehenden angehoben. Zugleich wird an einem Gesetz für ein neues Bürgergeld gebastelt, das das Hartz IV-System ablösen soll – ohne dass eine Erhöhung des Regelsatzes geplant ist und auf Sanktionen verzichtet werden soll. Druck von der Straße ist dringend notwendig, aber kaum vorhanden.

ANNE SEECK, BERLIN

Einkommensarme sind von der Corona-Krise besonders betroffen. Das Virus kann für viele von ihnen wegen der Häufung bestimmter Vorerkrankungen äußerst gefährlich werden und die jetzige Politik der Durchseuchung bedroht sie in hohem Maße. Während viele Wohlhabende aufgrund von Reisen das Virus in ihre Heimatländer einschleppten, wurden Einkommensarme teilweise in ihren Wohngebieten isoliert. Was die Mittelschicht während der Lockdowns schmerzlich vermisste, ist für Einkommensarme der Normalzustand – sie können kaum reisen, sie können keine teuren Restaurants oder Konzerte besuchen. In der Corona-Krise kamen auch zusätzliche Kosten auf Einkommensarme zu – für Hygieneartikel, Masken, Tests etc. Viele soziale Einrichtungen waren dagegen geschlossen, wie Sozialkaufhäuser oder Lebensmittelausgaben. Erst im Mai 2021 wurde ein einmaliger Corona-Zuschlag von 150 Euro an Grundsicherungsbezieher\*innen ausgezahlt.

Als nächstes Debakel folgte dann eine hohe Inflation, das heißt die Preise zum Beispiel für Lebensmittel und manches andere stiegen drastisch an. Der Ukraine-Krieg bildet die nächste Katastrophe. Die Kriegsstimmung wird genutzt, um militärisch aufzurüsten. Es wurde ein »100 Milliarden-Euro-Paket« für die Bundeswehr geschnürt, das zu Einsparungen in anderen Bereichen führen wird. Aber das ist nicht alles, die angekündigte Energiekrise wird die Strom- und Gaspreise in die Höhe treiben, sodass viele Einkommensarme sie nicht mehr bezahlen können. Es wurde ein Entlastungspaket vereinbart: Grundsicherungsbezieher\*innen sollen einen Zuschlag von einmalig 200 Euro bekommen, von Armut betroffene Kinder 20 Euro monatlich. Das wird nicht reichen. In dieser schwierigen Gesamtlage wird nun ein Gesetz für ein neues Bürgergeld erarbeitet. Im Entwurf zum Bundeshaushalt findet sich allerdings kein Wort zu »Sozialreformen«, zur Kindergrundsicherung und dem Bürgergeld.

### Das neue Bürgergeld

Laut Koalitionsvereinbarung will die Bundesregierung (SPD/Grüne/FDP) Hartz IV durch ein sogenanntes Bürgergeld ablösen. Dabei wird viel Sprachkosmetik betrieben: So soll aus der »Eingliederungsvereinbarung« eine »Teilhabevereinbarung« werden – damit alles »auf Augenhöhe« mit »ganzheitlicher Betreuung« und dem Ziel der Integration in Arbeit ablaufen kann.

Wie es wirklich um diese Parteien bestellt ist, bewiesen sie bei einer Abstimmung im Bundestag. Die Linkspartei forderte den Bundestag auf, bei der jährlichen Anpassung der Hartz-IV-Sätze zumindest die Preissteigerung bei Lebensmitteln und anderen Grundbedarfen, wie zum Beispiel Energie, auszugleichen. Der Antrag der LINKEN mit dem Titel »Existenzminimum sichern – Inflationsausgleich bei Regelsätzen garantieren« wurde von diesen Parteien abgelehnt. Trotz der Preissteigerungen wurde keine Solidarität mit den Betroffenen geübt.

Das Bürgergeld ist besonders dafür zu kritisieren, dass keine Erhöhung des Regelsatzes vorgesehen ist und weiterhin Sanktionen drohen sollen. Positiv ist dagegen, dass die Ampelregierung den Vermittlungsvorrang abschaffen will. Leistungsberechtigte werden durch vollqualifizierende Ausbildungen und einen Weiterbildungsbonus gefördert.

In den ersten zwei Jahren soll das Vermögen nicht aufgezehrt werden müssen und die Wohnung wird bezahlt, egal wie groß und teuer sie auch sein mag. Es sollen die Zuverdienstmöglichkeiten ausgebaut werden, was für die Betroffenen hilfreich sein kann, aber eher zum Ausbau des Niedriglohnssektors führen wird.

Denn ein Großteil der Hartz IV-Beziehenden ist bereits erwerbstätig.

Harald Thomé von Tacheles e.V. fragte in einem Interview mit dem »Spiegel«: »Aber wie soll sich jemand sozial stabilisieren, wenn das Geld nicht mal fürs Essen reicht? Wie soll jemand stabil werden, der Angst haben muss, durch zum Teil sogar noch rechtswidrige Sanktionen in seiner Existenz angegriffen zu werden?«

Natürlich sind auch Jobcenter-Mitarbeitende ein Problem. Thomé: »Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen repressivem Verwaltungshandeln und der Finanzlage der Kommune.« Es gibt Jobcenter-Mitarbeitende, denen es völlig egal ist, was mit den Leuten geschieht, ob sie untergehen, ob sie ihre Wohnung verlieren oder sonstige Probleme haben. Betroffene werden oft mit einem Kasernenton in den Behörden konfrontiert, es fehlt an Freundlichkeit und Empathie. Hartz IV-Beziehende werden unter Generalverdacht des Sozialmissbrauchs gestellt. Nach jahrelanger Stigmatisierung sollen sie jetzt darauf vertrauen, dass sich etwas zum Besseren ändert?

### Wo bleibt der linke Protest?

Jetzt müsste es einen Kampf um einen höheren Regelsatz und gegen Sanktionen geben. Die Linkspartei konzentriert sich aber auf das Thema »working poor«, und in der außerparlamentarischen Linken bewegt sich diesbezüglich kaum etwas. Es scheint, als habe sich die Linke mit Hartz IV und Armut abgefunden, denn Protest gegen diese Zustände gibt es kaum. Es gibt vereinzelte Kritik, sei es von Harald Thomé von Tacheles e.V., Ulrich Schneider vom Paritätischen, dem Sozialmediziner Gerhard Trabert oder der Initiative »Sanktionsfrei«. Und auch der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge stellt fest, dass die Armut nicht bekämpft werden kann, wenn der Reichtum nicht angestastet wird. Ohne verschiedene engagierte Sozialverbände, Initiativen, Wissenschaftler\*innen und andere Einzelpersonen hätten Einkommensarme überhaupt keine Lobby. Wir brauchen aber jetzt eine starke soziale Bewegung, die sich einmischt und

sich nicht von der Sprachkosmetik der regierenden Parteien über den Tisch ziehen lässt. Diese Gefahr sehe ich allerdings auch bei einigen Sozialverbänden.

Meines Erachtens ist die Linke – wie wir übrigens alle – selbst neoliberalisiert. In der Leistungsgesellschaft will niemand ein Looser sein, Aktivismus und berufliches Fortkommen vermischen sich zusehends. Mit diesem Armuts-Thema will kaum jemand etwas zu tun haben, auch weil viele aufgrund ihrer sozialen Herkunft davon nicht betroffen sind, wenn sie auch noch so prekär arbeiten. Zudem gibt es in diesem Bereich auch nicht so viele attraktive Arbeitsfelder wie in anderen Bereichen, zum Beispiel der Flüchtlings- oder Wohnungslosenhilfe. Viele Linke wollen anscheinend mit Einkommensarmen nur etwas zu tun haben, wenn sie dafür bezahlt werden – als Sozialarbeiter\*innen, Politiker\*innen, Journalist\*innen und Wissenschaftler\*innen. Aber vielleicht versucht sich jede/r auch nur selbst zu retten – manchmal auch in Kollektiven – wie sie auch in der CONTRASTE präsentiert werden. Hoch im Kurs steht auch das Organizing in der linken Szene. Damit habe ich in einer Initiative keine guten Erfahrungen gemacht, denn die Methode wirkte auf mich sehr paternalistisch und ihre Grundlagen wurden noch nicht einmal transparent gemacht: Eine Initiative als Versuchslabor. Selbstorganisation von Betroffenen ist etwas anderes.

### Hürden der Betroffenenorganisation

Die Armutsbetroffenen kämpfen mit Existenzängsten und ihren alltäglichen Sorgen. Aber nicht nur Ängste, auch Schamgefühle wegen der Nichterfüllung gesellschaftlicher Normen breiten sich wie ein Virus unter den Einkommensarmen aus: »Ich bin ein Kostenfaktor« oder »Ich funktioniere nicht«. Bei vielen Betroffenen machen sich Resignation und Fatalismus breit. Voraussetzung für Sozialprotest ist aber ein Vertrauen in die Veränderbarkeit des Bestehenden, es braucht Hoffnung. Zum Glück gibt es auch Eigensinn und Widerstandstypen, die Harald Rein im Rahmen seiner

Beratungspraxis in einem Frankfurter Arbeitslosenzentrum ausgemacht hat: die »Überlebenskünstler\*innen und Erwerbsarbeitsdissident\*innen«, die »selbstbestimmten BezieherInnen von Sozialleistungen« und die »Freiraumschaffer\*innen«. Letztere nutzen die finanziellen Transferleistungen, um in anderen gesellschaftlichen Bereichen politisch aktiv zu werden oder anderen nützlichen Tätigkeiten nachzugehen. So beschreibt es Rein in seinem Buch »Wenn arme Leute sich nicht mehr fügen...!« aus dem Jahr 2017. Die Lektüre des Buches »Die Elenden« von Anna Mayr, die aktuell als Arbeitslosen-Expertin gehandelt wird, zeichnet wiederum ein anderes Bild von Erwerbslosen, diese sind demnach »ein Nichts«: »Wer nicht arbeitet, dessen Leben ist sinnlos. Wer nicht arbeitet, der ist nichts, denn er hat ja keinen Beruf. Wenn aber Arbeit dem Leben einen Sinn gibt, dann bedeutet Nicht-Arbeit, dass man gesellschaftlich bereits tot ist.« Erwerbslosenproteste werden in diesem Buch in ein paar Zeilen abgehandelt, Initiativen wie »Die glücklichen Arbeitslosen« oder »Die Hängematten« gab es demnach nicht, auch nicht Publikationen der Gruppe Krisis wie »Das Manifest gegen die Arbeit« oder »Dead men working«. Auch nicht den Kongress »Anders arbeiten oder gar nicht« oder den Existenzgeldkongress. Proteste, Debatten und Texte werden in dem Buch von Anna Mayr ignoriert. Wir waren schon mal weiter.

Zum Glück gibt es aber eine Klassismus-Debatte, aktuell ist das Buch: »Zugang verwehrt. Keine Chance in der Klassengesellschaft: wie Klassismus soziale Ungleichheit fördert« von Francis Seck erschienen, das einen guten Überblick über die Klassismus-Debatte gibt. Außerdem versuchen wir gerade im Stadteilla-Lunte in Berlin-Neukölln einen Raum für Austausch und Gegenwehr zur sozialen Frage zu schaffen – Menschen mit Niedriglöhnen, niedrigen Renten und Grundsicherungsbezieher\*innen zusammenzubringen.

Veranstaltung am Montag, 20. Juni, um 19 Uhr in der Lunte, Weisestr. 53:  
»Grundsicherung: Inflation, Energiekosten und ein Bürgergeld in Planung«



▲ Mit einer Protestaktion vor dem Reichstag demonstrierte am 26. Februar 2021 ein Bündnis von fast 50 Organisationen, darunter Campact, gegen die unzureichende Nothilfe für die Ärmsten in der Corona-Pandemie. Foto: Paul Wagner / Campact

### ANZEIGE

**graswurzelrevolution**

GWR 469  
Mai 2022

Kostenloses Probexemplar oder Abo:  
www.graswurzel.net

insta: @graswurzelrevolution  
twitter: @graswurzelrevo1

Grafik: Wilfried Porwol

ALTE MU EG, KIEL

# Genossenschaftliches Kreativzentrum schafft Meilenstein

Im Rahmen einer Ideenwerkstatt wurde Ende 2021 ein weiterer Meilenstein für die Zukunft der ehemaligen Gebäude der Muthesius Kunsthochschule am Lorentzendam in Kiel erreicht. In der ganztägigen Gremiumssitzung kamen Aktive der Alten Mu, Vertreter\*innen der Stadt Kiel und Expert\*innen aus Kultur, Architektur und Städtebau zusammen, um über die Entwürfe zur architektonischen Zukunft der Liegenschaften zu beschließen.

FRIEDRIKE KOPP, KIEL

Im Rahmen der Ideenwerkstatt wurden die finalen Entwürfe und Modelle von drei Architekturbüros vorgestellt und von der Fachjury im Austausch mit der Gemeinschaft in verschiedenen beteiligungsorientierten Verfahren diskutiert. Die Entscheidung der achtköpfigen Jury fiel einstimmig für Entwurf Nummer 3. Er stammt von »Deadline Architekten« aus Berlin. Gemeinsam mit den Anwesenden wurden Empfehlungen zur weiteren Arbeit am Entwurf formuliert.

## Kreatives Dorf in der Stadt

Die Alte Mu will einen Anteil von rund 6.500 m<sup>2</sup> für Wohnraum und einen Anteil von rund 4.500 m<sup>2</sup> für kreatives Arbeiten, Bildung, Kunst und Kultur realisieren. Zukunftsfähige Wohnformen wie Co-Living, Clusterliving und Student Living sollen im gewählten Entwurf im Turmbau sowie im Kopfbau des Gebäudekomplexes ihren Platz finden. Der Entwurf sieht eine Öffnung der baulichen Anlage in Richtung Lorentzendam vor. Zudem sollen neue Flächen für eine öffentliche Nutzbarkeit sowie zusätzliche Stellplätze geschaffen werden. Die Berücksichtigung der Wünsche und Bedarfe aktueller und zukünftiger Nutzer\*innen, aber auch die städtebauliche Setzung überzeugte die Jury.

Ziel der Gründer\*innen der Alten Mu eG ist es, für ihre Mitglieder und Kieler\*innen Raum zum Wohnen und



▲ Im Rahmen einer Ideenwerkstatt wurden Ende 2021 die finalen Entwürfe und Modelle für die Alte Mu in Kiel vorgestellt und diskutiert.

Foto: Daniela Meise/ Urbane Impulse GmbH

kreativen Arbeiten zur Verfügung zu stellen. Das Grundstück wird durch ein Erbbaurecht langfristig der Spekulation entzogen. Entwickelt wird ein »Kreatives Dorf«. Die Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder der Genossenschaft erfolgt durch die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums in der Innenstadt sowie von Räumen für Start-Ups, Kreativschaffende, Kunst, Kultur und Subkultur.

Die Fortführung der Alten Mu als innerstädtisches Kreativzentrum ist für die sich Engagierenden von zentraler Bedeutung. Sie wollen, dass diese in Zukunft ein offener, schöpferischer Ort für kreative Tätigkeiten und innovative Ideen bleibt. Zusätzlich soll das Gelände langfristig Raum

für verschiedene Wohn- und Lebensformen bieten. Um das zu gewährleisten, ist geplant, Teile des Bestands zu sanieren und durch Um- und Neubauten zu ergänzen. Zukunftsfähige Lebensformen wie Clusterwohnen sollen erlebbar gemacht werden und langfristig Impulse geben für ein Umdenken der Art, wie Städter\*innen heutzutage leben.

## Phasenmodell erleichtert Vorgehen

Die Genossenschaft ist seit dem 22. Juli 2021 im Genossenschaftsregister eingetragen. Mit der Aufnahme in den Prüfungsverband der kleinen und mittelständischen Genossenschaften

e.V. wurde die Gründungsprüfung erfolgreich abgeschlossen. Bisher zählt die eG 62 Genoss\*innen, will und muss aber weiter wachsen. Die Eintragung ist Voraussetzung dafür, dass die Genossenschaft den Betrieb des Kreativzentrums Alte Mu und den Nutzungsvertrag mit der Stadt Kiel in Form eines Erbbaurechts übernehmen wird. Dieser Prozess soll noch in der ersten Jahreshälfte 2022 abgeschlossen werden. Eigentümerin des Grundstücks ist das Land Schleswig-Holstein. So kann die eG nun eine langfristige Perspektive für die Kreativen vor Ort sicherstellen. Diese erste Phase wird geprägt durch:

- Übernahme der Rolle der Vermieterin für die jetzige Mietendenstruktur

- Übernahme der institutionellen Förderung für Kreativzentren von der Stadt Kiel
  - Personalmanagement und Verwaltung
  - Beauftragung und Kooperation mit der Projektentwicklung
  - Erwerb der Urbanen Impulse GmbH als Betriebsgesellschaft
  - Sicherung der Finanzierung.
- Mit der Entscheidung für einen Architektenentwurf kann dann die Bau- und Investitionsphase eingeleitet werden. Nun werden höhere Summen Eigenkapital nötig, um die Sanierung und den Hochbau zu realisieren. Diese Phase wird besonders geprägt sein durch:
- die Realisierung der Bauvorhaben als Bauherrin
  - die Vermietung und Verwaltung der Liegenschaft
  - Kooperation mit neuen Partner\*innen für die Realisierung
  - die Sicherung der Finanzierung.

## Gestaltungsprozess mit der Stadt

Die Zusammenarbeit mit der Stadt lief nicht immer reibungslos. Dafür war ein gegenseitiges Kennenlernen erforderlich. Dazu gehören auch Argumente, was das Ganze mit dem Gemeinwohl zu tun hat. Dafür gab es immer gute Grundlagen gegenüber der Stadtverwaltung und der Politik. Mit diesen konnten bei vielen Herausforderungen Wege mit der Verwaltung gefunden werden – entweder zu einem Kompromiss, einer Rebellion oder zum Einverständnis. Mittlerweile sind beide Seiten in der Lage, unkompliziert miteinander zu reden, so die Einschätzung des Vorstands der Genossenschaft: »Inzwischen ist das Wörterbuch der Kommunikation Alte Mu-Stadt ziemlich dick geworden und damit können wir sehr gut arbeiten. Aber das braucht Zeit und Vertrauen und eine faire Kommunikationsebene.«

Link: [www.altemu-eg.de](http://www.altemu-eg.de)

## QUARTIERSGENOSSENSCHAFTEN

# Soziale Sensorik partizipativer Stadtteilarbeit

Stadtteil- bzw. Quartiersgenossenschaften sollen das lokale Umfeld unterstützen, indem sie dort ansässige Wirtschaftsbetriebe stärken und ein besseres Miteinander verschiedener sozialer Gruppen fördern. Doch was braucht es, um Quartiersgenossenschaften erfolgreich zu etablieren und zu entwickeln? Der Artikel beleuchtet auf Grundlage von neun Interviews mit Expert\*innen, unter welchen Bedingungen Quartiersgenossenschaften in Deutschland und Österreich gut funktionieren. Deutlich wird, dass eine partizipative Stadtteilarbeit die Gründung und Entwicklung von Quartiersgenossenschaften erheblich begünstigt.

THERESA BÜRSTMAYR UND ANDREAS EXNER, GRAZ

Menschen engagieren sich für eine Quartiersgenossenschaft, wenn sie ihr Lebensumfeld dadurch konkret verbessern können. Stabile Netzwerke im urbanen Raum sind die Grundlage für deren Gründung. Bereits vorhandene Aktivitäten partizipativer Stadtteilarbeit helfen dabei, solche Verbindungen aufzubauen, solche Verbindungen aufzubauen, solche Verbindungen aufzubauen. Sie erleichtern engagierten Akteur\*innen, sich untereinander zu vernetzen. Daraus kann sich eine

Kerngruppe für die Gründung einer Quartiersgenossenschaft entwickeln. Stabile Vertrauensstrukturen steigern zudem die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Dies ist wichtig, weil der Aufbau einer Quartiersgenossenschaft in der Anfangsphase ein erhebliches Maß an ehrenamtlicher Arbeit erfordert. Die zeitlichen Kapazitäten der Kerngruppe dürfen hier nicht überspannt werden, um das nötige Durchhaltevermögen für eine Gründung zu gewährleisten.

## Voraussetzung erfolgreicher Gründung

Im Verlauf des Gründungsprozesses einer Quartiersgenossenschaft werden auch Machtunterschiede innerhalb des Quartiers, zwischen Bewohner\*innen, verschiedenen Vereinen und anderen Organisationen sichtbar. Solche Machtunterschiede sollten offen diskutiert werden, um ein möglichst gleichberechtigtes Miteinander hinzubekommen. Auch innerhalb der Gruppe der Gründer\*innen kann es zu Spannungen kommen. Denn als Multi-Stakeholder-Genossenschaft verfolgen die involvierten Akteur\*innen unterschiedliche Interessen. Diese bereichern die Quartiers-

genossenschaft, können aber auch für Konflikte sorgen, wenn sie nicht miteinander abgestimmt werden.

Neben den sozialen Prozessen spielen die politischen Rahmenbedingungen eine entscheidende Rolle für die Gründung. Eine gut verankerte Quartiersgenossenschaft braucht aufgeschlossene Ansprechpartner\*innen in der örtlichen Verwaltung und bei politischen Entscheidungsträger\*innen. Die Bemühungen um politische Unterstützung sind notwendig, aber nicht immer von Erfolg gekrönt und häufig frustrierend. Die langen Zeiträume zwischen Idee und Umsetzung können die Kerngruppe sowie interessierte Personen im Umfeld der Kerngruppe ermüden. Stehen etablierte Akteur\*innen der neuen Quartiersgenossenschaft offen gegenüber, ermutigt dies die Bewohner\*innen, sich zu engagieren und Durststrecken durchzuhalten. Auch politische Entscheidungsträger\*innen nehmen dann die Gründungsgruppe mitunter ernst und bieten Unterstützung an.

Öffentliche Anschub- bzw. Grundfinanzierungen sind besonders in der Anfangsphase hilfreich. In dieser Zeit fallen erhebliche Fixkosten an, während noch keine Einnahmen zur

Verfügung stehen. Weil solche Subventionen zeitlich begrenzt sind, müssen rasch tragfähige Geschäftsmodelle erarbeitet und umgesetzt werden.

Partizipative Stadtteilarbeit kann helfen, passende Geschäftsfelder für eine Quartiersgenossenschaft zu entwickeln. Durch diese wird deutlich, was Bewohner\*innen und andere lokale Akteur\*innen benötigen, und wofür sie in der Lage und bereit sind zu zahlen. Dazu ist häufig eine entsprechende Sensibilisierung Voraussetzung. Sie schafft die Bereitschaft und das Verständnis dafür, bestimmte Dienstleistungen finanziell zu vergüten. Gleichzeitig muss auch der monetär nicht messbare Mehrwert einer Quartiersgenossenschaft bewusst gemacht werden.

## Partizipative Stadtteilarbeit

Partizipative Stadtteilarbeit basiert auf einem feinen sozialen Sensorium, das externe Beratung nicht ersetzen kann. Das Wissen um lokale Bedürfnisse, das eine partizipative Stadtteilarbeit generiert, hilft die Geschäftsfelder zu erkennen, die in einem Quartier bespielt werden können. Zusätzlich erleichtern Partnerschaften und Vernetzungen mit etablierten

Akteur\*innen einer neuen Quartiersgenossenschaft, sich schneller zu integrieren und leichter Fuß zu fassen.

Doch reicht die partizipative Stadtteilarbeit allein nicht aus, um eine Quartiersgenossenschaft erfolgreich zu gründen und zu entwickeln. Vielmehr braucht es die Unterstützung durch die örtliche Verwaltung und von politischen Entscheidungsträger\*innen. Stärkere politische und wirtschaftliche Unterstützungsstrukturen wären für den Aufbau genossenschaftlicher Organisationen in urbanen Räumen hilfreich.

Die Masterarbeit von Theresa Bürstmayr über Quartiersgenossenschaften findet sich unter: <https://bit.ly/3DKqEUV>

## ANZEIGE

Gemeinsam die Welt verbessern?  
Genossenschaft gründen!  
[www.genossenschaftsgruendung.de](http://www.genossenschaftsgruendung.de)  
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.  
Baumeisterstr. 2 · 20099 Hamburg · Tel. 040-2 35 19 79-0

# ÜBER DEN TELLERRAND

KARAWANE FÜR DAS LEBEN UND DAS WASSER

## Orte des antikapitalistischen Widerstandes

Aktivist\*innen aus Lützerath wurden von Compañeres (Genoss\*innen) aus Mexiko zur Karawane für das Leben und das Wasser eingeladen. Initiiert wurde die Karawane von der indigenen Bevölkerung, die eine Fabrik besetzte, in der eine mexikanische Tochterfirma des Danone-Konzerns zuvor große Mengen Wasser extraktierte – was die indigene Bevölkerung nicht länger zulassen wollte.

ESTHER, AKTIVISTIN AUS LÜTZERATH

Anfang Februar erreichte uns in Lützerath, am Tagebau Garzweiler 2, eine Videobotschaft mit solidarischen Grüßen für unseren Kampf gegen die Abaggerung des Dorfes und gegen den Kapitalismus. Die Botschaft kam von den Compañeres aus Juan C. Bonilla, Puebla, Mexiko. Die Genoss\*innen hatten zu diesem Zeitpunkt seit mehr als zehn Monaten die in ihrem Dorf ansässige Wasserabfüllfabrik der Firma Bonafont besetzt.

Bonafont ist eine mexikanische Tochterfirma des Französischen Konzerns Danone. Bonafont extraktierte dort in Puebla 29 Jahre lang Unmengen an Wasser, sodass die Flüsse und Brunnen austrockneten, die Bäume keine Früchte mehr trugen und kein Gemüse mehr auf den Feldern wuchs. Die Bevölkerung in der Region Cholulteca von über 20 Dörfern, die sich »Pueblos Unidos« (vereinte Bevölkerungen) nennen, sahen schließlich keine andere Lösung, als dem Raub am Wasser, welches ihre Lebensgrundlage darstellt, ein Ende zu setzen.

Deshalb besetzten die Pueblos Unidos am 22. März 2021, dem internationalen Tag des Wassers, die Wasserabfüllfabrik und versiegelten die Brunnen, sodass seitdem kein Tropfen mehr die Fabrik verließ. In den Räumlichkeiten der Fabrik errichteten sie eine Art Gemeindezentrum, welches sie »Altepelmealli – La casa de los Pueblos«, das Haus der Bevölkerungen nannten. »In den Kampf, in dem der Tod geherrscht hat, kommt das Leben«, sagt eine Compañera auf der Pressekonferenz, ein Jahr nachdem sie die Fabrik besetzten. Altepelmealli wurde ein



▲ Eine Gruppe indigener compañeres protestiert am 26. März 2022 an einem besetzten Berg in Santa María Malacatepec, Mexiko.

Foto: Jana Bauch

Ort der autonomen Organisierung. So wurde eine Bibliothek eingerichtet mit über 2.500 Büchern über soziale Bewegungen und Kämpfe. Es gab verschiedene Nutztiere im Innenhof von Altepelmealli, ein Gesundheitszentrum und einen eigenen Fernseh-Kanal. Zudem wurden regelmäßig Workshops zu Radio, Englischer Sprache, Selbstverteidigung, indigenen Sprachen und diversen Tänzen angeboten. Die Wände der Fabrik waren geschmückt mit zahlreichen Wandbemalungen.

Genauso wichtig war jedoch, dass schon kurze Zeit nach dem Stopp des Wasserraubs durch den Riesenkonzern, das Wasser langsam zurück in die Brunnen und Flüsse kehrte, Bäume wieder blühten und schließlich wieder erste Früchte trugen. Durch die Besetzung der Fabrik konnten die Pueblos Unidos in einem Jahr circa 590 Millionen Liter Wasser aus den Händen von Danone befreien.

Allerdings wurde Altepelmealli am 15. Februar 2022 mitten in der Nacht von mehreren hundert Polizist\*innen geräumt. Seitdem wird die Fabrik von hoch uniformierten Einheiten bewacht. Dennoch, oder gerade deshalb, wollen sich die Compañeres von Altepelmealli mit anderen indigenen Bevölkerungen, aber auch internationalen Bewegungen, im Kampf gegen den Kapitalismus und für das Wasser und das Leben verbünden. Sie entschieden die »Karawane für das Wasser und das Leben« zu veranstalten, zu der auch wir aus Lützerath eingeladen wurden.

Dafür sollen in 34 Tagen zahlreiche Orte antikapitalistischen Widerstandes besucht werden. An vielen Orten wird, wie im Beispiel von Danone, Extraktivismus auf unterschiedliche Weise betrieben. Die Kämpfe eint, dass die lokale, in großen Teilen indigene Bevölkerung, diskriminiert, enteignet und ihr Kampf kriminalisiert wird.

Ein Jahr nachdem die Pueblos Unidos die Wasserabfüllfabrik besetzten, begann am 22. März 2022 die »Karawane für das Wasser und das Leben«. Direkt gegenüber der Fabrik wurde eine Pressekonferenz abgehalten, demonstriert, gegessen und der Beginn der Karawane gefeiert. Die vier ersten Tage der Karawane widmeten sich hauptsächlich dem Widerstand der verschiedenen Dörfer gegen die Wasserabfüllfabrik von Bonafont. Begleitet wurde und wird die Karawane von viel internationaler und nationaler Presse.

Viele beeindruckende Menschen haben wir dort bereits getroffen und ihre Geschichten über ihre Kämpfe im Widerstand gegen das kapitalistische System erfahren. Besonders beeindruckend sind dabei immer wieder die älteren Compañeras. So erzählte eine 64 Jahre alte Frau während des Frühstücks: »Getrockneter Mais ist ein besonders praktisches Lebensmit-

tel, denn damit kann man die Tiere füttern, Tortillas machen und Maschinen anzünden.« Auf diese oder andere Weisen haben sie und ihre Mitstreiter\*innen in den letzten Jahrzehnten schon verschiedene Mega-Projekte in der Region verhindert.

Doch die Karawane hat gerade erst begonnen. Zahlreiche Orte, Menschen und ihre Kämpfe werden wir erst noch kennenlernen. Kämpfe, die von Ausbeutung, Kolonialismus, Extraktivismus und Rassismus geprägt sind. Kämpfe, die uns zeigen, dass es ein gutes Leben nur dann gibt, wenn es wirklich allen gut geht. Kämpfe, die uns spüren lassen, dass wir nur alle gemeinsam den Kampf gegen den Kapitalismus und die Klimakrise gewinnen können.

Blog mit Informationen zur Karawane:  
[bit.ly/3JU55DO](https://bit.ly/3JU55DO)

Spendenkampagne: <https://bit.ly/3LzuCUP>

### REPRESSIONS- UND RECHTSFÄLLE

#### RWE muss Aktion hinnehmen

Die Gruppe »Lebenslaute« hat ein bemerkenswertes Gerichtsurteil erstritten. Im Sommer 2021 waren Chor und Orchester in den Tagebau Garzweiler eingestiegen und gaben dort aus Protest gegen die Kohleverstromung ein Klassik-Aktionskonzert. Vor dem Amtsgericht Mönchengladbach-Rheydt wurden nun drei Aktivist\*innen vom Vorwurf des Hausfriedensbruch freigesprochen, obwohl der Tatbestand als erfüllt angesehen wurde. Der Richter argumentierte: Wer so tief wie RWE ins Eigentum anderer eingreife, müsse im Zuge einer Grundrechtsabwägung den zeitlich begrenzten Hausfriedensbruch der Aktion hinnehmen. Das ist eine ungewöhnliche Begründung für einen Freispruch, deutet aber an, dass Klima- und Umweltschutz als Rechtsgut in Zukunft stärkere Berücksichtigung finden können. Das Urteil war zunächst noch nicht rechtskräftig. Die Staatsanwaltschaft könnte eine weitere Instanz des Verfahrens in Gang setzen.

Link: [bit.ly/3DGTN14](https://bit.ly/3DGTN14)

#### Versammlungsfreiheit nur für Deutsche?

Die wegen ihrer Beteiligung an der Waldbesetzung im Dannenröder Wald (»Danni«) über 15 Monate inhaftierte, namentlich unbekannt Person »Ella« klagte vor dem Verwaltungsgericht Gießen gegen den damaligen Polizeieinsatz. Ihre Klage wurde abgewiesen, unter anderem mit der Begründung, dass die Versammlungsfreiheit nur für Deutsche gelte. Das steht zwar in der Tat so im Grundgesetz, ist aber durch europäisches Gesetz ausgehebelt. Aus einer Schrift des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages (WD 3-3000-302/18): »Ausländer aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union können sich indes auf das Diskriminierungsverbot aus Art. 18 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) berufen, wonach den Mitgliedstaaten jede Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit verboten ist. Hiernach dürfen EU-Ausländer (auch) im Hinblick auf ihr Versammlungsrecht nicht schlechter gestellt werden als Deutsche.«

Noch deutlicher ist die EU-Charta im Artikel 12 zu Versammlungsfreiheit. Dort ist klar von »jeder Person« die Rede: »Jede Person hat das Recht, sich insbesondere im politischen, gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Bereich auf allen Ebenen frei und friedlich mit anderen zu versammeln.« Das Europarecht bricht die Einschränkung des Grundgesetzes, womit die Sache klar ist: Alle haben das Recht auf Versammlungen. Das werden auch die Verwaltungsrichter\*innen in Gießen gewusst haben, doch treibt dort der bundesweit bekannte Nazi-Sympathisant Andreas Höfer sein Unwesen – akzeptiert von den Kolleg\*innen. Das war schon während der Besetzungsphase im Danni zu sehen, als das VG Gießen fast alle Klagen abwies, diese Beschlüsse von der nächsten Instanz aber regelmäßig aufgehoben wurden.

#### Rechtstipp zu § 147 StPO: Akteneinsichtsrecht

Rechtsanwält\*innen können in der Regel problemlos alle Unterlagen

eines Gerichtsverfahrens einsehen. Doch viele Angeklagte können sich eine solche Vertretung nicht leisten und stehen allein. Viele wissen nicht, dass sie dann das gleiche Akteneinsichtsrecht haben wie die/der Anwältin – mit der Ausnahme, dass sie die Akten nicht zugesandt bekommen können. Das regelt Absatz 4 des § 147 in der Strafprozessordnung: »Der Beschuldigte, der keinen Verteidiger hat, ist in entsprechender Anwendung der Absätze 1 bis 3 befugt, die Akten einzusehen und unter Aufsicht amtlich verwahrte Beweisstücke zu besichtigen, soweit der Untersuchungszweck auch in einem anderen Strafverfahren nicht gefährdet werden kann und überwiegende schutzwürdige Interessen Dritter nicht entgegenstehen. Werden die Akten nicht elektronisch geführt, können ihm an Stelle der Einsichtnahme in die Akten Kopien aus den Akten bereitgestellt werden.« Das war nicht immer so, weshalb die zuständigen Richter\*innen oft keine Akteneinsicht gewähren. Dann müssen sie auf den aktuellen Wortlaut hingewiesen werden. Der

macht klar: Wer kein\*e Verteidiger\*in hat, kann sich selbst die Akte anschauen und auf Wunsch Kopien bekommen. Auch Abfotografieren sollte in der Regel drin sein. Der Paragraph wird zudem durch ein Urteil des EGMR präzisiert, demzufolge eine sich selbst verteidigende Person nicht benachteiligt werden darf.

Diese und mehr Infos zur Verteidigung vor Gericht unter: [prozestipps.siehe.website](https://prozestipps.siehe.website)

#### Weitere Abseilaktionen über Autobahn als Versammlung durchgeführt

Die Zahl angemeldeter Transpi-Aktionen an Brücken über Autobahnen ist weiter gewachsen. Inzwischen werden die meisten auch genehmigt. Das verschiebt die Rechtslage in eine Richtung, dass Autobahnen als Versammlungsflächen zugänglich sind.

Mehr auf: [autobahn.siehe.website](https://autobahn.siehe.website)

Jörg Bergstedt





KASSEL: SOLOCAL ENERGY E.V.

# Nachbarschaftliche Klimawende

Ihre Ziele sind klar formuliert: Solarenergie gemeinschaftlich zu nutzen und damit eine Klimawende von unten zu gestalten. Umsetzen will das junge Team von SoLocal Energy e.V. in Kassel seine Ziele mit drei sich ergänzenden Bausteinen: Balkonkraftwerke solidarisch einzukaufen und zu installieren, mit Nachbarschaftskreisen Klimawendeprojekte vor der Haustür anzustoßen und mit Selbstbaugemeinschaften große Dach-Solaranlagen auch für den kleineren Geldbeutel zu ermöglichen.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

Bescheiden scheinen die Macher\*innen von SoLocal Energy in Kassel tatsächlich nicht zu sein: Als »Gemeinschaft visionärer Energiewender\*innen« bezeichnen sie sich selbst und haben damit offenbar bereits die Handelsblatt-Redaktion beeindruckt. Denn diese veröffentlichte unter der Rubrik »Unternehmer/in des Tages« ein Porträt des Kasseler Vereins.

Gegründet vor etwa zwei Jahren, hatte SoLocal Energy die »globale Klimawende von unten und die Stärkung des Gemeinschaftens« als ihre Vision formuliert. Insbesondere die Nutzung der Solarenergie sei für eine dezentrale Energiewende in den Städten bedeutend, da sie nicht den Monopolisten das Feld überlasse. Zudem ermögliche sie eine stärker an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Solidarische Ökonomie.

## Impulse der Solidarischen Landwirtschaft

Dass mit dem Begriff »Gemeinschaften« ein Verständnis des solidarischen Arbeitens gemeint ist, das einige bereits von Projekten der Solidarischen Landwirtschaft (Solawi) kennen, erläutert Kerstin Lopau von SoLocal Energy: »Wir verstehen uns als Teil einer weltweiten Suchbewegung, die Ansätze eines gemeinschaftstragenden Wirtschaftens erproben.« Dabei seien ihre Zusammenarbeits-Grundsätze in Projekten der Erneuerbaren Energien den Solawi-Gruppen ähnlich, wie auch das vor kurzem entstandene CSX-Netzwerk verdeutlicht (vgl. Beitrag unten): »Wir wollen mit wertschätzender Kommunikation und Kooperation statt Kampf Win-Win-Situationen innerhalb unseres Vereins und mit Kooperationspartner\*innen schaffen.«

Für ihre praktische Arbeit bedeute dies, dass sie sich nicht als klassischen Solarteursbetrieb verstehen, sondern sich »mit lauter Stimme für



▲ Kerstin und Lea von SoLocal Energy Kassel beim Verkabeln von Photovoltaik-Modulen.

Foto: SoLocal Energy

die sozial-ökologische Transformation in Kassel« einsetzen, erläutert Lopau. Denn Energiewende sei vor allem ein soziales Projekt, in dem sie die »Potenziale erneuerbarer Bürgerenergie« nutzen wollen. Sie und ihr Team verstehen sich dabei als »Ermöglicher\*innen zwischen energiewirtschaftlichen Laien und dem professionellen Energiesektor«.

Am deutlichsten wird dieser niederschwellige Ansatz beim ersten ihrer drei Arbeitsbereiche, den Nachbarschaftskreisen – sozusagen als Keimzelle der lokalen Bürgerenergie. Beispielsweise fand im Frühjahr ein Workshop »klimafreundlich kochen« statt. Wichtig sei, dass eine Idee aus den Nachbarschaften selbst komme, Lopau beschränke sich dann auf die Rolle der Moderatorin oder Prozessbegleiterin. Ein zweiter Arbeitsbereich sind die so genannten Balkonkraftwerke, die für viele Mieter\*innen die

einfachste und naheliegendste Möglichkeit ist, erneuerbare Energie zu Hause selbst zu erzeugen. Obwohl in den letzten Jahren vieles einfacher wurde (vgl. Beitrag Seite 10), gebe es bis zur Installation eines Solarmoduls immer noch kleine Hürden. SoLocal Energy bietet daher an, diese zu überwinden – je nach Wunsch lediglich mit einer preiswerten Sammelbestellung oder mit einer fachgerechten Montage und Inbetriebnahme des kleinen Kraftwerks.

## Selbstbaugemeinschaften

Wer sich nicht auf ein einzelnes Solarmodul beschränken wolle und sich aber den Bau einer Solaranlage nicht zutraue oder die finanziellen Mittel nicht habe, könne dies vielleicht als »Selbstbaugemeinschaft« dennoch realisieren. Denn erstaunlich viel einer solchen Anlage lasse

sich »problemlos ohne spezielle Vorkenntnisse installieren«, ist Lopau überzeugt. Selbstverständlich brauche es fachliche Unterstützung und die Abnahme durch eine\*n Handwerksmeister\*in.

Habe sich eine Projektgruppe gefunden, die gemeinsam Verantwortung übernehmen wolle, gehe es an die Planung, wobei sich jede\*r nach eigenen Kräften und Ressourcen einbringen könne. Nachdem in einem transparenten Verfahren die entstehenden Kosten ermittelt wurden, gebe es in Anlehnung an das Solawi-Konzept ein Biet-Verfahren in geheimer Wahl. Die ersten drei kleineren Selbstbau-Projekte hätten gezeigt, dass das Verfahren gut funktioniert habe, erzählt Kerstin Lopau und freut sich zusammen mit dem entstandenen Pool von etwa 20 Selbstbau-Interessierten schon auf größere Anlagen.

Link: [www.solocal-energy.de](http://www.solocal-energy.de)

## CSX-NETZWERK

# Wirtschaften für die Bedürfnisse der Mitglieder

Das CSX-Netzwerk für gemeinschaftstragendes Wirtschaften hat sich vor zwei Jahren gegründet. Ausgehend von Erfahrungen der solidarischen Landwirtschaft haben sich auch Projekte anderer Branchen wie Solar-Selbstbauer\*innen (vgl. Beitrag oben) zusammengeschlossen. Kooperation und Kollaboration statt Konkurrenz sind ihr Grundverständnis, Wirtschaften für die Bedürfnisse der Mitglieder statt Marktpreisen ihre praktische Umsetzung. — Eine Kurzvorstellung.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

In der klassischen Wirtschaft besteht – wenn überhaupt – der einzige Kontakt zwischen Produzent\*innen und Konsument\*innen im Moment des Kaufs. »Gemeinschaftstragend« bedeutet hingegen, dass sich beide Gruppen immer wieder an einen Tisch setzen. Sie bestimmen, wie produziert wird. Sie legen Standards wie faire Löhne und eine ökologische Produktionsweise fest. Sie tragen gemeinsam die Kosten und das Risiko. Produzent\*innen gewinnen Sicherheit, Verbraucher\*innen gestalten ihre Versorgung aktiv mit und beide profitieren von einer wertschätzenden Kooperation.

## Laufende Kosten statt Marktpreise

Community Supported Agriculture (deutsch: Solidarische Landwirtschaft/Solawi) funk-

tioniert nach dem Prinzip »Kosten und Ernte teilen«: Eine Gruppe von Menschen bildet eine Gemeinschaft und legt die gesamten laufenden Kosten eines landwirtschaftlichen Betriebs auf alle Mitglieder um. Dies verändert die Beziehung zwischen Konsument\*innen und Produzent\*innen – sie tragen gemeinsam das Risiko und die Verantwortung für die Produktion der Lebensmittel und die Entwicklung der Organisation. Die Erzeugnisse werden nicht mehr für einen Marktpreis verkauft, sondern gezielt auf die Bedürfnisse der Mitglieder verteilt, denn die laufenden Kosten sind durch die Beiträge der Mitglieder bereits gedeckt.

Dieses Prinzip lässt sich auch auf andere Bereiche übertragen – von einem gemeinschaftlich getragenen Gesundheitszentrum über Energieversorgung, Handwerk, Gastronomie und krea-



▲ Gemeinschaftstragendes Wirtschaften beinhaltet Kooperation und Kollaboration statt Konkurrenz und setzt auf persönliche Beziehungen, Bedürfnisorientierung und Solidarität.

tive Dienstleistungen bis hin zu Anbieter\*innen von Freizeitaktivitäten. Community Supported Agriculture (CSA) wird also zu Community Supported X. Deshalb sprechen wir von CSX.

Unsere Wirtschaft versagt angesichts des sich beschleunigenden Klimawandels und wachsender sozialer Ungleichheiten. Deshalb braucht es eine regionale und unabhängige Versorgung, die zukunftsfähig ist. Beim gemeinschaftstragenden Wirtschaften gelingt das, indem Konsument\*innen und Produzent\*innen ihre Versorgung zusammen organisieren.

## Prosumieren statt Konsumieren

Dadurch verschwimmen die Grenzen zwischen Produktion und Konsum. Mitglieder werden zu Prosumentinnen und Prosumenten. Sie teilen die Kosten und die Verantwortung, also das unternehmerische Risiko. Wichtige Voraussetzung dafür ist eine stets überschaubare Organisationsgröße.

Der Kern gemeinschaftstragenden Wirtschaftens ist das neue unternehmerische Selbstverständnis von Prosument\*innen verbunden mit der gemeinsamen Finanzierung der laufenden Kosten. Dabei werden die Betriebskosten (das Budget) eines Jahres durch die Beiträge der Mitglieder für ein Wirtschaftsjahr unter den folgenden sechs Prämissen verbindlich finanziert:

- **Direkte Beziehungen:** Die Herstellung und Bereitstellung der Produkte und Dienstleistungen wird nahräumlich – »so nah wie möglich, so fern wie nötig« – organisiert.
- **Transparenz:** Das Budget wird von den Anbieter\*innen offengelegt, ebenso die Standards der Produktion und die Verwendung der Mittel. Auch Entscheidungen werden transparent gemacht.
- **Beiträge statt Preise:** Die Mitglieder zahlen regelmäßige Beiträge zur Deckung der laufenden Kosten in der Regel für ein Jahr. Die Güter oder Dienstleistungen, die sie erhalten, haben deshalb keinen Preis mehr. Die Beitragshöhe kann solidarisch festgelegt werden.
- **Kostendeckung:** Das Budget ist kostendeckend geplant (keine Gewinnerorientierung). Das Bilden von Rücklagen ist möglich.
- **Vorfinanzierung:** Die Beiträge werden für ein Jahr im Voraus festgelegt und in regelmäßigen Abständen gezahlt.
- **Verantwortung und Risiko teilen:** Durch die Vorfinanzierung des Jahresbudgets wird das unternehmerische Risiko auf alle Mitglieder verteilt. Produktionsausfälle werden entsprechend von allen Mitgliedern gemeinsam getragen. Gleichzeitig profitieren alle von entstehenden Chancen – so werden etwa Produktionsüberschüsse auf alle Mitglieder verteilt.

Info: [www.gemeinschaftstragenden.de](http://www.gemeinschaftstragenden.de)



SCHWEIZ: SELBSTBAU-GENOSSENSCHAFTEN

## Gute Laune in luftiger Höhe

Der Selbstbau auch von größeren Solaranlagen boomt in der Schweiz. Ein Fachmann einer lokal verankerten Energiegenossenschaft leitet an und gegenseitige Hilfe von Genossenschaftsmitgliedern ermöglicht preiswerte Anlagen und fördert das Gemeinschaftsgefühl.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

In seiner Wohngemeinde Uhwiesen südlich von Schaffhausen hatte Serge Rohrbach schon seit einiger Zeit mit dem Gedanken gespielt, seine Stromrechnung mit Strom vom eigenen Dach zu senken. Doch die Installationskosten hielten ihn davon ab – bis er von dem Selbstbau-Konzept der Energiegenossenschaft Region Winterthur (ERW) hörte.

Bald darauf kletterte er auf seinem Dach herum und installierte mit einigen Freunden die 27 Solarpanels für seine 11,5 Kilowatt-Anlage. Doch keiner von ihnen hatte den Bau einer solchen Installation erlernt. Trotzdem kamen sie zügig voran, hatten gute Laune beim Arbeiten auf dem Dach und realisierten die betriebsbereite Anlage in nur zwei Tagen. Möglich war dies nur mit der Unterstützung eines »Mentors« von der ERW, der als Bauleiter dafür sorgte, dass alles nach Plan lief.

### Wie funktioniert der Selbstbau?

Das Konzept der Genossenschaft ist so einfach wie genial: Mit dem Kauf eines Genossenschaftsanteils wird man Mitglied der ERW und hat damit Anspruch auf Unterstützung beim Bau einer Solaranlage in Selbstbauweise. Das heißt: Ein Mitglied baut mit Hilfe von anderen Mitgliedern eigenhändig und mit Unterstützung eines Planers und Bauleiters seine eigene Anlage.

Die ERW stellt dabei das Werkzeug vom Gerüst bis zur Bohrmaschine, organisiert Helfer\*innen und kümmert sich um notwendige Dinge wie eine Baubewilligung. Ob das Mitglied selbst Helfer\*innen organisiert und aus welchen Bauteilen die Installation bestehen soll, steht dem Bauherr völlig frei, so die ERW. Die Genossenschaft arbeitet dabei nicht gewinnorientiert, sondern nach dem Kostendeckungsprinzip.

Zur Montage von Rohrbachs Solaranlage halfen beispielsweise zwei Genossenschaftler\*in-



▲ Mitglieder der Wohnbaugenossenschaft Talgut bringen PV-Module aufs Dach unter Anleitung eines Solarfachmanns der Energiegenossenschaft.  
Foto: Energiegenossenschaft Region Winterthur

nen während zwei Tagen jeweils 8,5 Stunden mit – insgesamt also 34 Stunden. Der Projektleiter der ERW arbeitete 18 Stunden für das Projekt, wovon acht Stunden per Rechnung bezahlt werden müssen. Die restlichen zehn Stunden wurden mit dem Faktor 1,5 multipliziert und zu dem Stundenkonto addiert. Hinzu kamen noch fünf erforderliche Einarbeitungsstunden für den Bauherrn, der somit eine Summe von 54 Stunden auf seinem Stundenkonto ansammelte, die er im Verlauf der folgenden zwei Jahre auf den Dächern von anderen Genossenschaftsmitgliedern abarbeiten sollte.

### Deutlich günstigere Kosten

Bei größeren Projekten seien auch Helfer\*innen gefragt, die nicht aufs Dach steigen wollen oder können. Alternativ hätte Rohrbach auch die

Möglichkeit gehabt, einen Teil seines Stundenkontos der Genossenschaft in Franken zu bezahlen.

Seit dem Start im Jahr 2017 realisierte die ERW mehr als 100 Selbstbauprojekte, die meisten davon in kleinerem Umfang bis zu einer Leistung von 30 Kilowatt-Peak. Martin Ovenstone ist Teil der ERW-Geschäftsführung und schätzt, dass sich die Kosten einer PV-Anlage dank der Arbeit der Genossenschaftsmitglieder etwa um 20 bis 40 Prozent senken lassen. Der Kostenaspekt motiviere immer mehr Hauseigentümer\*innen, Solaranlagen in Selbstbauweise zu erstellen. Ende 2021 zählte die ERW bereits 180 Mitglieder, die bereit sind, auf anderen Baustellen Stunden abzuarbeiten.

Verteilt über die ganze Schweiz seien inzwischen zwölf weitere Genossenschaften mit ähnlichen Konzepten entstanden, drei weitere sind in Vorbereitung.

Dass sich das Selbstbau-Konzept auch flexibel anpassen lässt, zeigt das Beispiel von vier Dächern kleinerer Mehrfamilienhäuser. Sie sind alle Richtung Süden ausgerichtet und gehören zur Wohnbaugenossenschaft Talgut in Winterthur. Für Yves Hartmann, den Talgut-Geschäftsführer, passte das Prinzip der Selbstbauweise ideal zur Wohnbaugenossenschaft. Nicht wie üblich die ERW-Mitglieder, sondern die Bewohner\*innen und Talgut-Mitglieder sollten bei der Installation mithelfen.

Gesagt, getan: Das Konzept wurde angepasst und rechnete sich durch die baugleichen Gebäude und bald eingespielten Helfer\*innen auch für die ERW. Die vier Liegenschaften mit je sechs Wohnungen produzieren nach Inbetriebnahme rechnerisch den gesamten eigenen Strombedarf. Nur das Warmwasser wird wie bisher über das lokale Fernwärmenetz bezogen.

### Kooperation mit Dorfvereinen

Noch eine Kategorie größer war die Installation einer PV-Anlage auf einer Mehrzweckhalle der Nachbargemeinde Hettlingen: 330 Module – zusammen mit der zugehörigen Trägerkonstruktion etwa sieben Tonnen Material – wurden auf der optimal geneigten Dachfläche verlegt. Der Strom, der seit letzten Sommer dort produziert wird, entspricht dem durchschnittlichen Verbrauch von 25 Haushalten.

Installiert wurde jedoch nach einem anderen Modell: Acht Dorfvereine, die die Mehrzweckhalle nutzen, warben bei ihren Mitgliedern insgesamt etwa 50 Freiwillige. Deren Motivation war die Vereinbarung, dass pro geleistete Arbeitsstunde jeweils fünf Franken in ihre Vereinskasse floss. Während sieben Tagen waren zehn bis zwölf Helfer\*innen an der Installation beteiligt. Die beiden Projektleiter der ERW waren immer vor Ort und die Gemeinde sorgte für die Verpflegung.

Insgesamt habe die Kommune etwa 35.000 Franken Kosten gespart. Positiv habe sich die erfolgreiche Bauphase auch auf die Vereine ausgewirkt, denn es habe sie näher zusammengebracht und ein starkes Gemeinschaftsgefühl bei den Beteiligten kreiert.

Links: [www.selbstbau.ch](http://www.selbstbau.ch), [www.ewg-winterthur.ch](http://www.ewg-winterthur.ch)

MINI-PHOTOVOLTAIK-GERÄTE FÜR BALKON ODER GARAGENDACH

## Von der Solarguerilla zur offiziellen Norm

Zum Trend entwickeln sich aktuell die Balkonmodule. Sie sind der einfachste und schnellste Weg zum eigenen Sonnenstrom. Während die Geräte anfangs einen gewissen Guerilla-Faktor hatten, setzt eine Produktnorm inzwischen Sicherheitsstandards und räumt Konflikte mit Netzbetreibern aus.

BÜNDNIS BÜRGERENERGIE, REDAKTION STUTTGART

ANZEIGE

**Gefangene nicht vergessen!**

In schwierigen Zeiten sind verlässliche Informationen lebenswichtig.

Bitte spenden Sie »contrast« für Gefangene zum Preis von jährlich 45,00 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an: Freiabonnements für Gefangene e.V. Bank für Sozialwirtschaft IBAN: DE02 1002 0500 0003 0854 00 Kennwort: »contrast« [www.freibabos.de](http://www.freibabos.de)

Freiabonnements für Gefangene e.V.

Anders als vor ein paar Jahren ist mittlerweile klar: Einzelne Photovoltaik-(PV-)Module als Balkonkraftwerke sind völlig legal und ein sinnvoller Beitrag für die Energiewende im Kleinen. Mitte der 2010er Jahre wurde die neue Art, Solarstrom zu erzeugen, zuerst als Guerilla-PV bekannt: Module mit integrierten Wechselrichtern, die sich einfach auf dem Balkon, an der Fassade oder dem Garagendach aufstellen ließen. Der Anschluss ans Hausnetz erfolgte mit einem handelsüblichen Stecker – anfangs oft ohne Wissen des Netzbetreibers.

Elektroverbände warnten vor Bränden und lebensgefährlichen Stromschlägen. Die selbst ernannten Solarrebell\*innen warfen ihnen im Gegenzug vor, die Energiewende ausbremsen zu wollen. Es dauerte eine Weile, bis sich beide Seiten annäherten und Schritt für Schritt potenzielle Gefahrenquellen mit Sicherheitsanforderungen ausräumten. Seit Mai 2018 regelt eine offizielle Norm die Einspeisung von Solarstrom über die Steckdose, seit 2021 wurde die Produktnorm mit Eigenschaften der sicheren Mini-PV-Geräte veröffentlicht.

Nachfolgend eine kurze Beschreibung des Bündnis Bürgerenergie für interessierte Nutzer\*innen.

»Die Balkonmodule sind mit einem Mini-Wechselrichter ausgestattet und werden direkt über eine herkömmliche Steckdose an das Hausnetz angeschlossen. Die Energie fließt dann quasi rückwärts in die Steckdose. Es besteht somit kein weiterer Installationsaufwand und das Modul kann problemlos selbst angeschlossen werden.

Diese Mini-Solaranlagen eignen sich besonders für Mieter\*innen, die über keine eigene

Dachflächen verfügen. Oder für Interessierte, die mit wenig Aufwand Solarstrom für die Eigennutzung erzeugen wollen.

### Befestigung von Balkonmodulen

Die Module können an allen sonnigen Orten angebracht werden. Neben dem Balkon zum Beispiel an der Fassade, im (Vor-)Garten oder auf der Terrasse. Je häufiger die Sonne direkt auf das Modul scheint, umso besser. Aber auch bei indirekter Einstrahlung produzieren die modernen Module bereits Strom. Aus Sicherheitsgründen müssen speziell zugelassene Module eingesetzt werden, wenn Personen direkt unter die Module treten können oder bei über vier Metern Montagehöhe. Dabei sollte auf die Angaben der Hersteller zu den zugelassenen Montagearten geachtet werden.

Die Rücksprache mit dem Vermieter ist bei gemieteten Flächen wie Balkon, Terrasse, Garten etc. empfehlenswert, vor allem, wenn Dübel oder ähnliches zur Montage an der Hauswand verwendet werden oder die Beeinflussung des Hausfassadenbildes durch die Anlage relevant sein könnte. Gleiches gilt für Gemeinschaftsflächen wie Fassaden oder Dächer.

### Balkonstrom nutzen

Da Strom immer den Weg des geringsten Widerstands nimmt, wird der Strom aus dem Balkonmodul direkt in der Wohnung verbraucht. Meist produzieren die Module nicht mehr Strom als gerade in der Wohnung benötigt wird. Kühl-

schrank und manch andere Geräte benötigen schließlich immer Strom. Nur sehr selten kann es vorkommen, dass der Strom weiter ins Netz zu den Nachbarn fließt. Ein Speicher lohnt sich für diese geringen Mengen daher nicht. Nach einer Anmeldung des Balkonmoduls beim Netzbetreiber tauscht dieser vermutlich den Stromzähler gegen ein Modell mit Rücklaufsperrung aus. Neuere und digitale Modelle haben diese bereits standardmäßig integriert. Würde die Rücklaufsperrung fehlen, würde der Stromzähler rückwärts zählen, wenn an einem Tag mehr Strom produziert als verbraucht und ins Stromnetz eingespeist wird.

### Wie sicher ist das?

Geräte, die dem Sicherheitsstandard für steckbare Stromerzeugungsgeräte DGS 0001 der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie (DGS) entsprechen, können sicher betrieben werden. In Deutschland sind pro Haushalt zwei Module mit insgesamt 600 Watt möglich (Bedienungsanleitung beachten), was einer Fläche von etwa drei Quadratmetern entspricht. Bei mehr Leistung ist ein/e Elektriker\*in nötig. Das Modul wird direkt in eine vorhandene normale Schuko-Steckdose eingesteckt, auf keinen Fall in eine Mehrfachsteckdose.«

Aus: Klimaschutz zum Selbermachen - Saubere Energie für alle. Broschüre des Bündnis Bürgerenergie, 2019, 60 Seiten, Download unter: [www.buendnis-buergerenergie.de](http://www.buendnis-buergerenergie.de)

Infos der DGS: [www.pvplug.de](http://www.pvplug.de)



## ENERGIEGENOSSENSCHAFTEN

# Mieterstromprojekte werden attraktiver

Im Jahr 2017 wurde im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) das Mieterstromgesetz eingeführt. Dessen zahlreiche Kritiker\*innen haben Recht behalten, denn der »Deckel« des Anlagenzubaus von 500 Megawatt pro Kalenderjahr konnte nicht annähernd erreicht werden – um nicht zu sagen: hat sich als absurd erwiesen. Für Energiegenossenschaften eröffnen sich seit Anfang 2021 neue Chancen.

BURGHARD FLIEGER, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Seit dem Inkrafttreten des Mieterstromgesetzes im Juli 2017 wurde bis Juli 2019 laut der Bundesnetzagentur (BNetzA) der sogenannte Mieterstromzuschlag für 677 Projekte »gewährt«. Das Fördervolumen umfasst eine installierte PV-Leistung von 13,9 Megawatt (MW), woraus sich eine durchschnittliche Größe von etwa 20,5 Kilowattpeak (kWp) pro Mieterstromprojekt ergibt. Für das Jahr 2020 wurde eine Leistung von 16,3 MW über das Mieterstromgesetz gefördert. Damit liegt die Nachfrage nach den Fördermitteln sehr weit unter dem gesetzlichen Deckel von 500 MW pro Jahr.

Neue Perspektiven könnte das im Januar 2021 in Kraft getretene Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bieten. Mit dem EEG 2021 will der Gesetzgeber Mieterstrom für Vermieter\*innen attraktiver machen. Die Änderungen betreffen das sogenannte Lieferkettenmodell, die Öffnung für Quartierslösungen und Neuerungen in Bezug auf die Zusammenfassung der Anlagen. Außerdem wurde der Mieterstromzuschlag leicht erhöht.

## Was ist Mieterstrom?

Unabhängig von der Förderung wird als Mieterstrom in den letzten Jahren elektrische Energie bezeichnet, die in dezentralen Stromerzeugungsanlagen erzeugt und direkt vor Ort durch die Bewohner\*innen in größeren Wohngebäuden verbraucht wird. Der Begriff Mieterstromprojekte bleibt also nicht auf Anlagen beschränkt, die den Mieterstromzuschlag erhalten. Bei allen aber erweist sich das erforderliche Know-how für Planung, Entwicklung und Betrieb der Mieterstromprojekte als wesentlich anspruchsvoller als für die »klassische« Installation und den Betrieb von Anlagen, bei denen ausschließlich eine Einspeisung ins Netz erfolgt. Typisch für Mieterstromprojekte ist eine Vielzahl von Akteur\*innen, die harmonisieren müssen: Immobilieneigentümer\*innen, Energiecontractor\*innen, Reststromlieferanten, Stromnutzende.

Vor dem Hintergrund der aktuellen gesetzlichen Entwicklungen, in denen PV-Anlagen zunehmend eine Voraussetzung darstellen, um Fördermittel bei Neubauprojekten oder für neue Heizungsanlagen nutzen zu können, entwickeln sich Mieterstromprojekte für Energiegenossenschaften als wichtiger Geschäftsbereich. Als bürgernahe Akteur\*innen der Energiewende sind sie lokal verankert und können besser als bundesweit agierende Unternehmen kleinteilige PV-Projekte mit einer Vor-Ort-Nutzung bis zu 100 kWp finanzieren und betreiben. Das gilt auch, weil sich bisher PV-Projekte allein auf Grundlage der EEG-Vergütung nur noch selten wirtschaftlich betreiben lassen.

## Vielfalt an Konzepten

Die Geschäftskonzepte dafür werden allerdings immer differenzierter: Sie reichen von einfachen kleinen Mieterstromprojekten unter Nutzung des Mieterstromzuschlags über umfassende weitere Maßnahmen, die mit dem Baustein Mieterstrom für die Quartiersentwicklung verbunden werden. Gleichzeitig verzichten einige Energiegenossenschaften bei PV-Projekten auch bewusst auf den Mieterstromzuschlag. Gründe sind die damit verbundene bürokratische Überfrachtung, die Melde- und Kennzeichenpflichten, die kurzen Kündigungsfristen der Stromkund\*innen und die Vorgaben zur Preisgestaltung als Einheitspreis für den über die PV-Anlage erzeugten Strom und die Reststromlieferung.

Letzteres führte bisher zu einem Wirtschaftlichkeitsparadox: Sind die PV-Anlagen für Mieterstromprojekte zu groß, so dass viel Strom nicht vor Ort genutzt wird, sondern zu ungünstiger EEG-Vergütung eingespeist werden muss, sind sie unwirtschaftlich.

Anhand von zwei unterschiedlichen Beispielen kann das breite Spektrum der Umsetzungsmög-



▲ Stolz Genossenschaftsmitglieder kurz nach der Installation ihrer Mieterstrom-Anlage auf dem Dach des Holzhochhauses in Freiburg.

Foto: Solar-Bürger-Genossenschaft

lichkeiten von PV-Mieterstromprojekten durch Energiegenossenschaften gut veranschaulicht werden:

### Holzhochhaus mit PV-Anlage

Die Solar-Bürger-Genossenschaft eG mit Sitz in Freiburg gehört zu den drei ältesten Energieproduktionsgenossenschaften, die in Deutschland Photovoltaikanlagen betreiben. Seit ihrer Gründung 2005 setzt sie sich für lokale Projekte ein, die die erneuerbare Energieversorgung vorantreiben und zur lokalen Wertschöpfung beitragen. Das wird durch regionale Produktion, Einkauf und Verteilung von Erneuerbaren Energien erreicht. Die Finanzierung erfolgt unter anderem über Genossenschaftsanteile. Anfang 2021 waren 369.500 Euro von 236 Mitgliedern gezeichnet. Die meisten der gegenwärtig 15 PV-Anlagen sind als Mieterstromprojekte realisiert. Vier weitere befinden sich in der Umsetzung. Neben Bankkrediten werden sie ergänzend mit qualifizierten Nachrangdarlehen der Mitglieder finanziert.

Aktuelles Vorzeigeprojekt der Genossenschaft ist eine Mieterstromanlage in Freiburg-Weingarten, einem Öko-Gebäude der zukunftsweisenden Art: Ein komplett in Holzbauweise gefertigtes, achtstöckiges Hochhaus mit Wohnungen, Laden, Café und Kita – einzigartig in Deutschland. Die Stromversorgung für die meisten Wohnungen erfolgt durch die Genossenschaft, die auf dem Dach eine PV-Anlage mit einer Nennleistung von 56,6 kWp errichtet hat. Die Investitionskosten liegen bei 1.100 Euro/kWp, insgesamt bei 57.000 Euro bei einem zugrunde gelegten Jahresertrag von 54.900 kWh. Das Projekt lässt sich als »fortgeschrittenes Mieterstromprojekt« charakterisieren.

Gründe dafür liegen nicht nur in der Installation auf einem Hochhaus und den besonderen Anforderungen durch die Brandschutzauflagen, sondern auch, weil keine in sich geschlossene Gruppe von Mieter\*innen in Form eines gemeinschaftlichen Wohnprojekts versorgt wird. Die Solar-Bürger-Genossenschaft kann nicht mit deren Solidarität rechnen, sondern muss jede\*n neue\*n Bewohner\*in gewinnen und dabei Wünschen, Vorbehalten und Anforderungen der einzelnen, nicht gemeinsam handelnden Mieter\*innen gerecht werden. Bis auf eine Ausnahme konnten alle Bewohner\*innen für den Abschluss eines Mieterstromlieferungsvertrages gewonnen werden.

### Mehr Flexibilität ohne Zuschlag

Bei diesem Projekt wird bewusst auf den Mieterstromzuschlag verzichtet. Dieser lag zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme im November 2021 bei 2,82 Cent/kWh. Der für den Mieterstrom und für den zusätzlichen Strombezug zu zahlende Preis darf 90 Prozent des im jeweiligen Netzgebiet geltenden Grundversorgungstarifs nicht übersteigen. Berechnungsgrundlage dafür ist der Grund- und Arbeitspreis. Zehn Prozent des Strompreises sind rund zwei Cent/kWh und zehn Prozent des Grundpreises sind etwa zehn

Euro pro Jahr und Zähler. Bei einem angenommenen Verbrauch von 2.000 kWh pro Wohneinheit müsste die Energiegenossenschaft 50 Euro pro Jahr weniger verlangen als der Grundversorger. Dafür würde sie einen Mieterstromzuschlag von 23,69 Euro (42 Prozent von 2.000 kWh x 2,82 Cent/kWh) pro Jahr bekommen.

Ohne Mieterstromzuschlag eröffnet sich also ein Gestaltungsspielraum von etwa 26 Euro als Differenz zwischen den 50 Euro und den 23,69 Euro, um den Strompreis zwischen der Wirtschaftlichkeit für die Genossenschaft und dem Preisvorteil für die Kund\*innen auszutarieren. Diese Spanne wird zwar kleiner, je weniger Parteien teilnehmen. Gleichzeitig verringern sich aber auch die Überschüsse durch den Stromverkauf vor Ort, weil die Energiegenossenschaft für die Einspeisung nur noch circa 6,44 ct/kWh erhält. Damit wird die Mieterstromanlage mit weniger Kund\*innen und einer dadurch geringeren Abnahme des auf dem Dach erzeugten Stroms ebenfalls immer unwirtschaftlicher. Dieses Phänomen kann als Wirtschaftlichkeitsparadox des Mieterstromzuschlags bezeichnet werden.

### Komplexes Quartiersprojekt

Das zweite Projekt von der Heidelberger Energiegenossenschaft eG (HEG) ist besonders anspruchsvoll: Die HEG wurde 2010 gegründet und gehört zu den Pionieren im Geschäftsfeld Mieterstrom. Sie entstand aus einer studentischen Initiative, die die Energiewende in und um Heidelberg umsetzen will. Bis April 2021 realisierte sie unter anderem 35 Solarprojekte, die zu einem deutlichen Mitgliederwachstum auf 840 Mitglieder führten. Ein Genossenschaftsanteil beträgt 100 Euro. Mit 12.070 gezeichneten Anteilen verfügt die Genossenschaft über einen Eigenkapitalanteil von über 20 Prozent.

Mieterstromvorzeigeprojekt der HEG ist ein Quartiersversorgungsansatz in der Heidelberger Südstadt. Bei diesem wird Mieterstrom mit Speichertechnik und Elektromobilität verbunden. Die Genossenschaft setzt bei drei Mehrfamilienhäusern mit Wohnraum für insgesamt 130 Personen ein hochwertiges Energiekonzept um. Im Mittelpunkt steht die für den Eigenverbrauch optimierte Photovoltaikanlage mit Speichermöglichkeiten, von der alle Bewohner\*innen durch das Mieterstrommodell profitieren können. Der selbst produzierte Strom wird weitgehend direkt vor Ort genutzt. Eventuelle Engpässe werden

über den Zukauf von Strom durch die Genossenschaft ausgeglichen.

Elektronische »intelligente« Zähler (Smart Meter) sorgen für hohe Transparenz beim individuellen Stromverbrauch. Der energiesparende Einsatz der elektrischen Geräte soll dadurch angeregt werden. Zur Quartiersversorgung gehören ergänzend eine Elektroladesäule und ein gemeinschaftlich nutzbares Elektrolastenfahrrad. An Komplexität überragt das Projekt das Freiburger Beispiel erheblich. Die HEG bekam deshalb zahlreiche Auszeichnungen.

### Ausblick

Unabhängig von den anfangs erläuterten neuen Erleichterungen im EEG gab es bis Februar einige Gründe für zunehmend attraktivere Mieterstromprojekte. Zu den wichtigsten gehören:

- Bei steigenden Strompreisen wird der vor Ort erzeugte und genutzte Strom, der von der Netzzulage befreit ist, zunehmend günstiger.
- Die Einhaltung der Effizienzhaus-Stufen für einen Neubau ermöglicht attraktive Baukostenzuschüsse seitens der KfW, die teilweise nur mit einer PV-Anlage eingehalten werden, deren Strom vor Ort genutzt wird.

Dies könnte jedoch mit den bisher angekündigten Gesetzesänderungen des so genannten Osterpakets der Bundesregierung hinfällig werden. Außerdem könnten Mieterstromprojekte durch die seit kurzem massiv gestiegenen Strompreise gefährdet werden, wenn Mieter\*innen ihren benötigten Reststrom aus dem Netz zu Konditionen von Neukund\*innen beziehen müssen.

Ergänzend sind Lösungen umgehend zu verabschieden, dass Mieterstromprojekte bei Nutzung des Mieterstromzuschlags nicht mehr grundsätzlich zehn Prozent unter dem Angebot des Grundversorgers liegen müssen. Ebenfalls ist eine Lösung erforderlich, dass auch bei Nutzung des Mieterstromzuschlags ein Zweivertragsmodell umgesetzt werden kann, in dem der bestehende oder ein neuer Stromliefervertrag für den zu dem Eigenstrom von der PV-Anlage benötigten Strom abgeschlossen oder beibehalten werden kann.

### Links:

[www.solarbuergergenossenschaft.de](http://www.solarbuergergenossenschaft.de)  
[www.heidelberger-energiegenossenschaft.de](http://www.heidelberger-energiegenossenschaft.de)  
[www.innova-eg.de](http://www.innova-eg.de)

### ANZEIGE



### 75 Jahre Pakistan – der zähe Kunststaat

Außerdem: Putins Ideologie | Kolonialraub und Rückgabe | Corona in Syrien

52 Seiten, € 6,-

iz3w

[www.iz3w.org](http://www.iz3w.org)

iz3w ► Zeitschrift zwischen Nord und Süd



# Forderung nach erneuerbaren und dezentralen Energien

Um die Pariser Klimaziele zu erreichen und das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten, müsse die Umstellung auf 100 Prozent Erneuerbare Energien in den 2020er-Jahren deutlich beschleunigt werden. Das fordern mehr als 30 Umwelt- und Verbraucher\*innen-Verbände in Deutschland und legten dafür das Konzept »Energy Sharing« vor. Der Fokus des zukünftigen Energiemarkts müsse sich an den wichtigsten Energieträgern Solar- und Windenergie ausrichten. Gelingen könne dies jedoch nur, wenn dezentrale Lösungen mit aktiver Beteiligung der Menschen im Vordergrund stehen.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

Bereits Anfang März diesen Jahres legte das Bündnis Bürgerenergie (BBE) ihr Konzept namens »Energy Sharing« vor, um Druck auf die Bundesregierung zu machen. Statt Konzerninteressen zu bedienen, solle nun Energie geteilt werden.

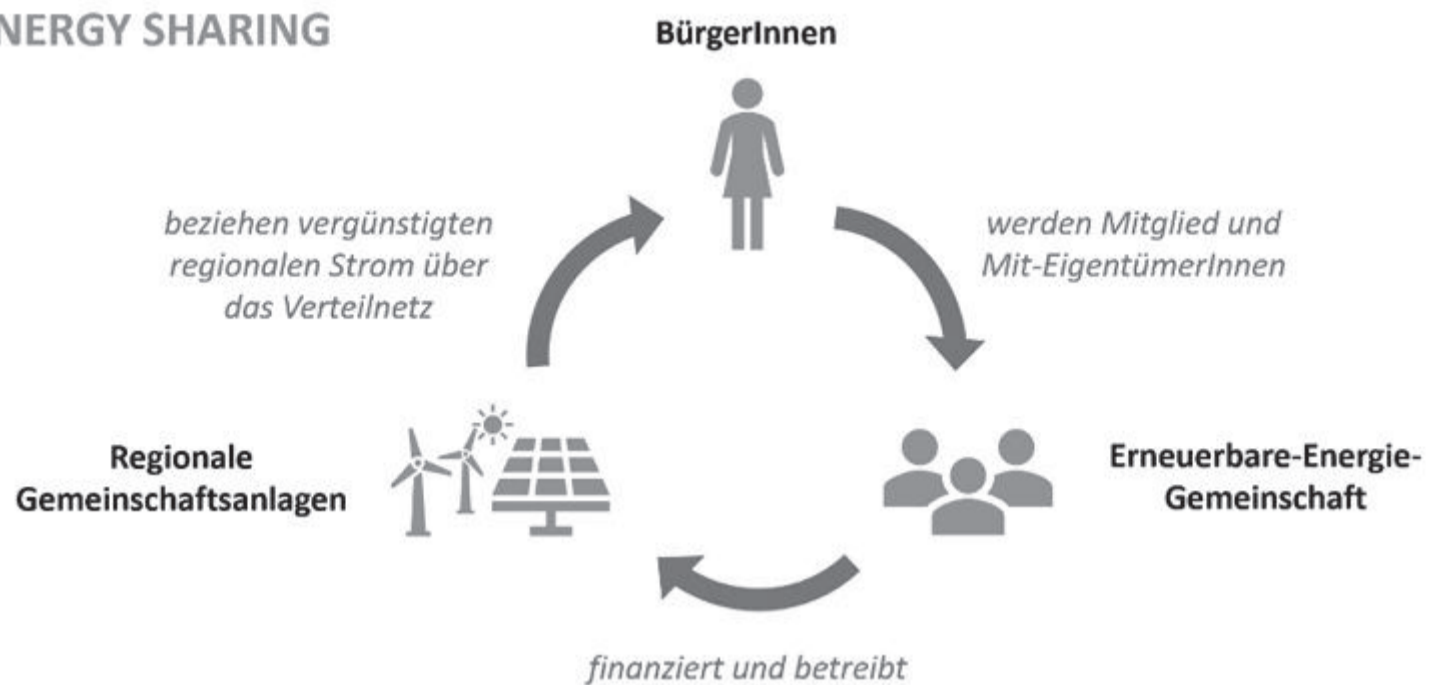
Im Koalitionsvertrag war zwar formuliert worden, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien »drastisch beschleunigt« und Hindernisse aus dem Weg geräumt werden sollen. Doch die inzwischen als »Osterpaket« bezeichneten Gesetzesentwürfe werden meist als zu wenig gehaltvoll kommentiert – es würden sozusagen »wichtige Eier« fehlen, so die Verbraucherzentrale.

Im Bündnis Bürgerenergie haben sich über 30 bekannte Verbände zusammen geschlossen, darunter Umweltorganisationen wie Greenpeace, BUND, Deutsche Umwelthilfe und Fridays for Future, Verbraucher\*innen-Verbände sowie bekannte Ökostromanbieter wie EWS, Naturstrom und Bürgerwerke.

## Akzeptanz vor Ort erhöhen

Um sich aus der aktuell bewusster gewordenen Abhängigkeit von fossilen Energieimporten zu befreien, fordert das Bündnis mit seinem Konzept, der regionalen Versorgung mit Erneuerbaren Energien Priorität zu geben: »Der Schlüssel für einen beschleunigten Ausbau ist die Teilhabe vieler Bürger\*innen und die verbrauchsnahe Produktion. Um die Ziele der Bundesregierung und vor allem, um mehr Energieunabhängigkeit zu erreichen, müssen jetzt die Möglichkeiten der Selbstversorgung durch Energy Sharing gestärkt werden«, erklärte Katharina Habersbrunner, Vorstandssprecherin des BBE. Denn in den letzten Jahren habe es an »Anreizen für dezentrale Flexibilität« und an »Akzeptanz vor Ort« gefehlt. Energiegenossenschaften wurden beispielsweise durch Ausschreibungsregeln benachteiligt.

## ENERGY SHARING



▲ Mit Energy Sharing wird ein neuer Marktrahmen geschaffen, mit dem Mitglieder von Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften ihren gemeinschaftlich erzeugten Strom unter bestimmten Voraussetzungen über das regionale Verteilnetz vergünstigt nutzen können.

Grafik: Bündnis Bürgerenergie e.V.

Eine erfolgreiche Energiewende könne laut dem Bündnis nur mit Einbindung und Teilhabe der Menschen vor Ort erreicht werden. Schließlich habe sich die Bundesregierung nicht weniger vorgenommen, als bis 2030 einen Anteil von 80 Prozent Erneuerbarer Energien an einem, durch die Sektorkopplung steigenden, Bruttostromverbrauch zu generieren. Für diese hohen Zubaumengen innerhalb kürzester Zeit brauche es die Akzeptanz und Investitionsbereitschaft der Menschen vor Ort.

## EU-Recht umsetzen

Das Bündnis weist mit seinem Energy-Sharing-Konzept auf die 2019 verankerte Erneuerbaren-Energien-Richtlinie der Europäischen Union hin. Mit dieser Richtlinie hat der europäische Gesetzgeber die Rahmenbedingungen gesetzt, um das große Potential der Bürger\*innen für die Energiewende zu heben und ihnen die aktive Teilnahme am Markt zu ermöglichen. Allerdings sei die Umsetzungsfrist für die europäische Richtlinie bereits am 30. Juni 2021 ohne eine entsprechende Änderung im deutschen Recht abgelaufen. Das Bündnis Bürgerenergie hatte daher im August letzten Jahres eine Beschwerde bei der EU-Kommission gegen Deutschland eingereicht.

Kern des Konzepts sollen Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften als »Marktinstrument für Partizipation« sein. In diesen Gemeinschaften unterschiedlicher Rechtsform können sich Bürger\*innen zusammenschließen, um in ihrer Region Wind- und Solar- aber auch Nahwärme- und Biogasanlagen gemeinschaftlich zu finanzieren und zu betreiben. Laut dem Konzept sollen diese Gemeinschaften »offen für alle interessierten Bürger\*innen sein, der demokratischen Kontrolle der Mitglieder unterliegen und nicht vorrangig Gewinne sondern sozial-ökologische Ziele verfolgen«.

Der Marktrahmen sollte so ausgestaltet werden, dass Mitglieder der Erneuerbare-Energie-Gemeinschaft mittels zunehmend verfügbarer, digitaler Zählertechnik Anreize erhalten, ihren Verbrauch in Zeiten hoher lokaler Erzeugung zu verschieben.

Dabei können innerhalb der Gemeinschaft innovative Lösungen entwickelt werden, die zu den Potentialen und Bedürfnissen vor Ort passen: »Energy Sharing kann damit einen Beitrag dazu leisten, dass Bürger\*innen in Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften dezentrale Flexibilitätspotentiale heben und damit zur Entlastung von Verteilnetz und Gesamtsystem beitragen.«

Unter Flexibilitätspotentiale wird im Konzept beispielsweise das erzeugungsgerechte Laden von Elektro-Autos, der zeitlich flexible Betrieb von Wärmepumpen oder die Zwischenspeicherung von Strom in einem Gemeinschaftsspeicher genannt, wie einige Umsetzungsvorschläge zeigen:

- Reduzierte Stromnebenkosten ermöglichen vergünstigte Stromtarife: Strom aus Wind- oder Solarparks von Energie-Gemeinschaften wird an Mitglieder im Umkreis von 25 Kilometern geliefert und beispielsweise von der Stromsteuer und der Offshore-Netzumlage befreit.
- Mitglieder von Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften zahlen für Strom in Zeiten regionaler Produktion verringerte Netzentgelte für netzdienlichen Verbrauch. Beispielsweise können Elektro-Autos dann geladen werden, wenn regionaler Stromüberschuss besteht.

Im Bundestag ist die Debatte zum »Osterpaket« für Juni angesetzt. Das Bündnis Bürgerenergie wird wohl weiter Druck machen, dass bisher fehlende Eier noch ins Paket aufgenommen werden.

Link: [www.buendnis-buergerenergie.de](http://www.buendnis-buergerenergie.de)

## LITERATURHINWEISE

# Bücher zu »Energiewende selber machen«

Eine von unten getragene Energiewende setzt auf interessierte und informierte Bürger\*innen und Aktivist\*innen. Nachfolgend eine kleine Auswahl an aktueller Lektüre abseits des Mainstreams, zusammengestellt von CONTRASTE-Redakteur Peter Streiff.

## Ökologisch Bauen & Renovieren

Die Herausforderungen der Klimakrise erfordere einen Paradigmenwechsel beim Bauen und Renovieren, fordern Umweltverbände: Konzentration aufs Wesentliche, Minimierung von Flächen-, Ressourcen- und Energieverbrauch, Hausbegrünung und größtmögliche Selbstversorgung mit Energie. Das vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) herausgegebene Jahrbuch »Ökologisch Bauen & Renovieren« zeigt Bauwilligen und Hausbesitzer\*innen, welche wichtige Rolle ihnen beim Schließen der großen Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit zukommt. Insbesondere beim Gebäudebestand hinke Deutschland seinen Klimaschutzzielen weit hinterher.

Riesigen Nachholbedarf sieht der BUND vor allem bei den Erneuerbaren Energien: Windkraft und Solarenergie sollen künftig nicht nur Atom-, Kohle- und Gaskraftwerke ersetzen, sondern einen enormen zusätzlichen Strombedarf fürs Heizen,

Fahren und Produzieren abdecken. Dafür müsse nahezu jedes Haus mit PV-Modulen versehen werden.

Der Ratgeber soll fit machen für die Gespräche mit Hausbank, Architekt\*in, Energieberater\*in und Handwerker\*innen und zeigt, was und wie es geht: Dabei werden Grundlagen und Aspekte von Klimaschutz und Suffizienz mit praktischen Tipps für alle Phasen des Bauens oder Renovierens verknüpft: von der Planung und Finanzierung über die Umsetzung bis hin zur Gestaltung im und ums Haus. Etwa ein Drittel der aktuellen Ausgabe befasst sich mit Haus-technik – von PV-Anlagen, Kraft-Wärme-Kopplung, Solarthermie bis zu Wärmepumpen und einem tabellarischen Überblick zum Vergleich der Heizkosten verschiedener Haustypen und Anlagenkonstellationen.

Bund für Umwelt und Naturschutz BaWü (Hrsg.): Jahrbuch »Ökologisch Bauen & Renovieren«, Ausgabe 2022, 244 Seiten DINA4, 8,90 Euro, [www.ziel-marketing.de](http://www.ziel-marketing.de)

## Promotor\*innen der Energiewende

Um die Energiewende zu schaffen, braucht es Bürgerinnen und Bürger, die engagiert anpacken. So genannte Bürgerenergiegenossenschaften – also Zusammenschlüsse von Bürger\*innen, die ihren eigenen Strom oder ihre Wärme direkt vor Ort produzieren – leisten dabei einen wichtigen Beitrag. Der Wissenschaftsladen (WILA) Bonn wollte mit dem Projekt »QualiEEGeno« deren Professionalisierung und Vernetzung fördern. Dies geschah durch Qualifizierungen, Anprachekonzepte und Informationsmaterialien rund um das Thema. Als Ergebnis hat der WILA Bonn einen Handlungsleitfaden für Erzeuger\*innen-/Verbraucher\*innen-Gemeinschaften veröffentlicht:

Herbert Klemisch, Burghard Flieger: Bürgergenossenschaften als Promotoren der Energiewende, mit den Geschäftsfeldern Mieterstrom, kalte Nahwärme und Elektromobilität, 2021, 50 Seiten, Download unter: [www.wilabonn.de](http://www.wilabonn.de)

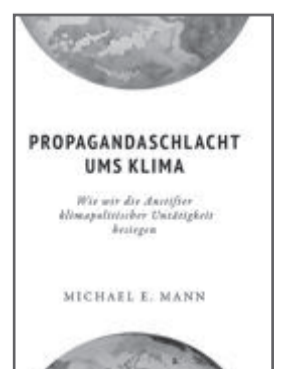
## Lobby gegen Klimaschutz

In der deutschen Ausgabe von »The New Climate War«, dem neuesten Werk des Klimaforschers Michael E. Mann, zeigt der renommierte Wissen-

schaftler, wie die mit fossilen Brennstoffen prosperierende Industrie seit 30 Jahren eine Desinformationskampagne betreibt, um von Schuld und Verantwortung abzulenken und Maßnahmen gegen den Klimawandel zu verzögern.

Er präsentiert aber auch gleichzeitig seinen Aktionsplan zur Rettung des Planeten. Da wir uns, so Mann, quasi in einer Art Kriegszustand befinden, sollten wir uns, bevor wir einschreiten, mit der Mentalität des Gegners befassen. So beschreibt er ausführlich, welche Strategien und Taktiken die treibenden Kräfte für Klimaleugnung und Verzögerung von Klimaschutzmaßnahmen anwenden. Und, das ist die wichtige Botschaft des Buchs, es ist noch nicht zu spät, wir können einen katastrophalen globalen Klimawandel noch abwenden!

Michael E. Mann: Propagandaschlacht ums Klima: Wie wir die Anstifter klimapolitischer Untätigkeit besiegen. Erlangen: Verlag Solare Zukunft, 2021, 440 Seiten, 29 Euro



DANNENROD

# Zu Gast: Neun Menschen und ein Hund aus der Ukraine

Wie sehen Notunterkünfte für geflüchtete Menschen aus der Ukraine aus? Das Gäst\_innenhaus Jakob, das sich aus dem Widerstand gegen den Ausbau der A49 entwickelt hat, ist bestimmt nicht das gewöhnlichste Beispiel dafür. Nun ist es offizielle Partnerin der Stadt Homberg (Ohm) und dem örtlichen Familienzentrum. Hier im Gebäude und im gegenüberliegenden Dorfgemeinschaftshaus können die Menschen unterkommen. Plötzlich gibt es eine Menge Solidaritätsbekundungen und Hilfsangebote aus der Umgebung für unsere alternative Struktur im eher konservativen Vogelsbergkreis. Das ist eine unvorhergesehene Entwicklung für unser Projekt.

GÄST\_INNENHAUS JAKOB, DANNENROD

Seit zwei Wochen leben wir nun in unserem Projekthaus zusammen mit Geflüchteten aus der Ukraine. Es ist vorgesehen, dass sie so lange bleiben, bis das Amt sie in eine leerstehende Privatunterkunft vermittelt. Mittlerweile sind es insgesamt neun Menschen, von ganz jung bis ins mittlere Alter, sowie eine Hündin. Allesamt aus dem Krieg geflohen, der gar nicht so weit weg ist, und für uns seit ihrer Ankunft noch ein Stück näher gerückt und präsenter geworden ist. Durch das Zusammenleben mit Menschen, die nicht aus unserer »Klimabubble« sind, eröffnet sich für uns die Möglichkeit, neue Erfahrungen zu sammeln.

Das Gäst\_innenhaus stand schon immer für Geflüchtete offen. Die Thematik ist für uns nicht neu, doch dieses Mal, so scheint es uns, werden die Menschen anders behandelt und von offizieller Seite gewollt. Nicht das erste Mal überlegten wir, Flüchtende aufzunehmen und ihnen unsere Räume zur Verfügung zu stellen. Bisher sind das aber keine Ukrainer\*innen gewesen und sie waren nicht von offizieller Seite »gewollt«.

## Die Stadt kommt auf uns zu

Als der Anruf von einem uns bekannten Menschen aus dem Ordnungsamt kam, ob wir nicht Lust hätten, Menschen aus der Ukraine aufzunehmen, haben wir nach einer Spontan-Vollversammlung gleich »Ja« dazu gesagt. Für das Projekt gehört es zum Selbstverständnis, solidarisch mit Geflüchteten zu sein, egal woher sie kommen.

Nicht zu vergessen ist, dass es durchaus Problematiken in dem Prozess zur Aufnahme der Menschen gab. Intern zum einen, weil hier viele starke Charaktere aufeinandertreffen und extern zum anderen, da das Aufnehmen von Geflüchteten, sowie eine Kooperation mit der Stadt für uns neu war. In unserer Struktur funktionieren Prozesse nun mal nicht ohne achtsamen Umgang und Kompromisse. Hier sollen alle Meinungen, Zweifel und Kritiken ernst genommen, respektiert und berücksichtigt werden.

Es leben hier viele Menschen, die eine kritische Sichtweise auf Behörden, Ämter und Bürokratie haben und aufgrund ihrer persönlichen Erfahrungen nicht unüberlegt in Verhandlung mit diesen treten. Die Aufnahme der Geflüchteten bedeutet eine Kooperation mit der Stadt und dem Familienzentrum – also offiziellen Institutionen. Natürlich haben wir uns gefragt, wieso nun in diesem Fall von Seiten der Stadt auf uns zugekommen wird, welche impliziten Erwartungen dahinterstehen, aber auch wie wir bestmöglich von dieser Kooperation profitieren können. Die Überlegung, dass die Stadt damit eine Aufgabe von sich wegschiebt, ist auch nicht allzu fern.



▲ Ein Willkommens-Banner mit mehrsprachigem Schriftzug begrüßt die Geflüchteten, die im Gäst\_innenhaus Dannenrod unterkommen.

Foto: Gäst\_innenhaus

Bis jetzt ist noch kein Mensch im Dorfgemeinschaftshaus (DGH) von Dannenrod untergekommen. Solange wir im Gäst\_innenhaus noch Zimmer frei haben, haben wir den Freiraum, diese auch den Geflüchteten anzubieten, bevor sie ins duschenlose DGH müssten. Dort herrscht das übliche Flair einer »klassischen Notunterkunft« und die Menschen würden nicht in eigenen, privaten Zimmern unterkommen, sondern in vier »Räume« (nur abgetrennt durch in Plastik eingewickelte Bauzäune) in denen sich Feldbetten, Tische und Stühle befinden. Einige Dorfbewohner\*innen aus Dannenrod haben die Räume durch Dekoration, Bilder und Vasen freundlicher gestaltet, aber als Notunterkunft ist ein warmes und belebtes Haus mit »echten« Zimmern, mit bequemen Betten und eigenem Bad wohl viel schöner.

Damit möchte ich nicht die Menschen kritisieren, die das DGH als Notunterkunft eingerichtet haben, sondern das System, das Geflüchtete Menschen erst mal in große Hallen mit einer Menge unbequemer Feldbetten steckt und sich dann damit rühmt, sich großartig um Geflüchtete zu kümmern, während so viele Häuser leer stehen. In diesen Hallen leben die Menschen meist länger als geplant und sind weiterhin großem Stress ausgesetzt. Und das wird dann als »angemessen« dargestellt.

## Chaotische Vorbereitungszeit

Der Vorbereitungsprozess, bis die ersten Geflüchteten bei uns angekommen sind, war hier von vielen Verwirrungen, Unsicherheiten, Stress und Reibungen geprägt. Nicht zuletzt, weil genau zu dem Zeitpunkt immer mehr Menschen an Corona erkrankten und sich ein Großteil der Menschen in Quarantäne befanden – pures Chaos und Stress. Denn neben den Planungen und Vorbereitungen der Ankunft mussten noch die »Quarantäne« versorgt werden. Ein Großteil der Arbeit blieb also an den wenigen Gesunden hängen. Auf einmal wurde der Krieg präsenter und hat viele von uns emotional hart getroffen. Dazu noch die allgegenwärtige Klimakrise: Es war Mitte März und wir konnten

uns alle bei 20°C draußen sonnen, während wir mit der neuen Situation klarkommen mussten.

Was tun, um das Projekthaus für die Ankunft von Menschen vorzubereiten, die weder deutsch noch englisch sprechen und mit hoher Wahrscheinlichkeit (noch) keinen näheren Bezug zu Aktivismus und gesellschaftlicher Transformation haben?

Als erstes wurde alles ins Russische und Ukrainische übersetzt, alle Schilder, Beschriftungen, Erklärungen, »Welcome-Sheets« etc. Und davon gibt es einige hier im Haus. Menschen, die gerade für ein Planungstreffen ein Wochenende hier verbrachten, haben ein Willkommens-Banner mit mehrsprachigem Schriftzug gestaltet.

Das ganze Haus wurde geputzt, es wurden Lebensmittel bestellt, die Draußenküche vorbereitet und Zimmer eingerichtet. Die hier Wohnenden haben gerne ihren Platz den Ankommenden zur Verfügung gestellt, sind draußen in Wohnwagen gezogen oder enger zusammengerückt.

## Die Menschen kommen an

Bis dato sind die geflüchteten Menschen dienstagsabends angekommen, beim ersten Mal kamen sechs, beim zweiten Mal drei Personen an. Mit Hilfe von einer Übersetzerin wurden sie empfangen und herumgeführt.

Mit ihrer Ankunft hat sich die Aufregung, wer da wohl ankommen wird, gelegt und wir lernen uns gegenseitig schrittweise kennen. Vielen ist es ein großes Anliegen, die Menschen zu unterstützen und in Kommunikation zu treten. Dass bei uns ein russisch-sprechender Mensch lebt, ist von großem Vorteil – nur lohnarbeitend mensch und hat nicht flexibel Zeit. So sind wir immer wieder damit beschäftigt, Übersetzer\*innen zu organisieren, zum Beispiel für amtliche oder Arztbesuche. Übersetzungs-Webseiten helfen ebenso bei der Kommunikation. Die Kommunikation mittels einer Maschine fühlt sich jedoch sehr unpersönlich an und so entsteht nur sehr schwer eine persönliche Ebene.

An Dingen der Grundausstattung und Grundversorgung braucht es

nicht viel mehr, als was wir ohnehin vor Ort haben. Nach eigenen Aussagen sind die Menschen froh, endlich anzukommen und zur Ruhe zu kommen. Wir fahren regelmäßig gemeinsam einkaufen, damit sie sich Lebensmittel kaufen können, die nicht vor Ort sind. Das ist für sie auch eine Möglichkeit, rauszukommen und aktiv zu sein.

Unsere separate nicht-vegane Küche steht nun fast ausschließlich für die Menschen aus der Ukraine zur Verfügung, die gerne Fleisch kochen und dort einen eigenen, privateren Treffpunkt haben. Gleichzeitig freuen wir uns, wenn die vegane Pizza probiert wird und der vegane Kuchen ihnen auch gut schmeckt. Für uns ist das ein schöner Annäherungsprozess.

Schön ist ebenso die Zusammenarbeit mit den weiteren Bewohner\*innen Dannenrods, der Dorfvorsteherin und den Übersetzerinnen aus der Region. Sie helfen, wo sie können, bringen Decken vorbei, kümmern sich um Medikamente, helfen beim Einkaufen und vieles mehr.

Bei uns lebt jetzt schon seit einem Monat die kleine französische Bulldogge Lotte. Sie ist zusammen mit ihren Besitzer\*innen aus der Ukraine geflüchtet. Jedoch darf sie nicht mit in die Notunterkunft bei Leipzig kommen. Deshalb bleibt sie hier, bis sie wieder zu ihren Bezugsmenschen zurück kann. Wenn über Geflüchtete geredet wird, werden dabei in der Regel die Haustiere, die ja ebenso Teil der Familie und schutzbedürftig sind, vergessen.

## Bürokratie und die Hindernisse bei der Integration

Geflüchtete aus der Ukraine sollen schnellstmöglich in Deutschland integriert werden, arbeiten gehen und die Schule besuchen. Diese Bestrebungen um die Integration stehen konträr zu denen um Geflüchtete aus anderen Kriegsgebieten. Wir haben erlebt, dass die jetzige Situation in Relation zu der Geflüchteten-Situation 2015 gesetzt wird, aber doch oft mit zweierlei Maß gemessen wird. Denn den Menschen wird aufgrund ihrer europäischen Herkunftsorte Eigenschaften und Fähigkeiten zugesprochen.

Ukrainer\*innen seien »un« – den Deutschen – »kulturnäher« und damit seien sie einfacher integrierbar, haben wir zu hören bekommen. Wir wollen das klar benennen: Das ist Rassismus. Wir bemerken auch bei den jetzt ankommenden Menschen aus der Ukraine, dass ihre Integration, ihre finanzielle Grundversorgung und die Möglichkeit, dass die Kinder zur Schule gehen können, hier in Homberg (Ohm) versagt. Sie können nicht so einfach den zugewiesenen Landkreis verlassen, um woanders hinzugehen, wo vielleicht mehr Menschen russisch oder ukrainisch sprechen, da ihnen dann die Hilfgelder verweigert werden.

Viele Menschen hier im Vogelsberg würden gerne helfen. Sie stellen ihre leeren Wohnungen und Häuser bereit für die Geflüchteten in den Notunterkünften, damit diese endlich an einem Ort ankommen können und der nervenzehrende Weg von Unterkunft zu Unterkunft ein Ende hat. Die Problematik liegt also vor allem an bürokratischen und verwaltungsrechtlichen Hürden. Was die Fortschritte behindert, ist das System.

Wir fragen uns, wann endlich entweder diese unnötigen Hürden abgebaut oder sie mal kurz bei Seite gelassen werden, wenn es um akute und aktive Hilfeleistung von Menschen in Not geht.

## ANZEIGE

**Der Kaffee für den täglichen Aufstand!**

**Zapatistischer Kaffee & Espresso**  
Seltener Handel mit ausländischen indigenen Geraden in Chiapas - Mexiko.

**Café Libertad Kollektiv eG**  
Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg  
Telefon: 040-20906892 \* Fax: -93  
www.cafe-libertad.de \* cafe-libertad@gmx.de

GISELA NOTZ ZUM GEBURTSTAG

## Verschiedene notwendige Veränderungen zusammen denken

Die Historikerin, Feministin und Sozialistin Dr. Gisela Notz feierte am 5. April ihren 80. Geburtstag. Die CONTRASTE hat - wie die gesamte gesellschaftliche Linke - viele Gründe ihr für ihr Engagement ausdrücklich zu danken. Einer davon ist ihre langjährige Autorinnen-schaft für die CONTRASTE.

BERND HÜTTNER, REDAKTION BREMEN & BURGHARD FLIEGER, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Immer wieder referiert Gisela Notz unermüdlich auf Tagungen und ist in vielen Publikationen der letzten zwei Jahrzehnte zu historischen Themen vertreten, egal ob es um Alexandra Kollontai oder antiautoritäre Kinderläden geht. Fast von Anfang an ist sie auch im 2006 etablierten Gesprächskreis Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung aktiv – und dort in den ersten Jahren eine der wenigen Frauen. Aus diesem Gesprächskreis wurde als Zeichen der Anerkennung eine Publikation zu ihrem Geburtstag erstellt: »Feministische Theorie nur mit feministischer Solidarität. Texte für Gisela Notz«. (vgl. Rezension auf Seite 15)

Geboren wurde Gisela Notz 1942 in einem Arbeiterhaushalt im bayrischen Schweinfurt. 1972 begann sie, alleinerziehend mit der 1966 geborene Tochter Heike, in Berlin das Studium. Über ihr Leben bis zur Promotion hat sie in einem längeren Interview mit Ulrike Baureithel mit dem Titel »Ein Mädchen heiratet ja eh« berichtet. Die Soziologin Gisela Notz wäre ohne die Bildungsreform wahrscheinlich Sekretärin geblieben.

1979 bewarb sie sich bei der Friedrich-Ebert-Stiftung. Dort beschäftigte sie sich viel mit Frauenarbeit und Sozialpolitik. Historische Themen gehörten erst später zu ihren Aufgaben. Sie hat – und dies bis heute – mehrere politische Standbeine. Über den Renteneintritt 2007 hinaus ist (Lohn-)Arbeit und politisches Engagement ein Fixpunkt. Während ihrer Berufstätigkeit und auch danach war und ist sie in Verbänden, Nichtregierungsorganisationen und Zeitschriftenredaktionen engagiert und orga-



▲ Gisela Notz bei ihrem Seminar zur Frauenbewegung im selbstverwalteten Ferien- und Bildungshaus Salecina 2010

Foto: Privat

nisiert, und stets um Unabhängigkeit bemüht.

### Engagierte Feministin

Lange war sie im Beirat der Bewegungstiftung aktiv, die die politisch-organisierende Tätigkeit sogenannter Bewegungsarbeiter\*innen unterstützt. Aktuell ist sie unter anderem Redakteurin der 2008 gegründeten Zeitschrift »lunapark21«. Zwischen 1985 und 1997 war sie Redakteurin der innovativen und deshalb sehr wichtigen, 2008 dann eingestellten Zeitschrift »beiträge zur feministischen theorie und praxis«.

Sie hat eine ebenso imposante wie thematisch breite Publikationstätig-

keit vorzuweisen, die mit ihren vielfältigen thematischen Interessen und ihren Netzwerken zusammenhängt. Wer ihren Namen in die Datenbank des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung eingibt, erzielt mehr als 350 Treffer. Zahlreiche Hinweise dazu finden sich auch auf ihrer privaten Website.

Im Mittelpunkt ihres Engagements stehen immer wieder die feministische Bewegung – und ihre Geschichte. Kennzeichnend dafür ist ihr kleines Büchlein »Warum flog die Tomate? Die autonomen Frauenbewegungen der Siebzigerjahre«. Darin erzählt Gisela Notz die Entwicklung der Zweiten oder auch Neuen Frauenbewegung in der Bundesrepublik der

1970er und 1980er Jahre. Das Buch ist ein gelungenes Beispiel dafür, kurz und einleitend ein Stück Geschichte zu schreiben. Es macht auch deutlich, dass die Ansprüche von feministischen Theorien und Praktiken noch lange nicht eingelöst sind.

### Aufklären, ohne zu missionieren

Ein besonderes Format für ihr Engagement für feministische Themen ist der Wandkalender »Wegbereiterinnen« und das dazugehörige Postkartenset. Jährlich werden so zwölf Frauen vorgestellt. Durch das Format und seinen Gebrauchswert findet beides Verbreitung weit über die klassischen Kreise hinaus. Ende 2021 erschien der

von Notz herausgegebene Kalender bereits zum 20. Mal.

Ein weiterer Strang ihres vielschichtigen Engagements liegt bei den Alternativen Ökonomien und den Genossenschaften. Hintergrund dafür ist nicht zuletzt ihr jahrzehntelanges Engagement im Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie der AG SPAK. In ihrer als Einführung konzipierten »Theorien alternativen Wirtschaftens«, in der geschätzten Reihe theorie.org 2011 das erste Mal erschienen, stellt sie die Vielfalt alternativen Wirtschaftens vor. Letztes Jahr erschien in derselben Reihe »Genossenschaften. Geschichte, Aktualität und Renaissance«. Immer wieder, und das schon in ihren ersten Forschungen zum Themenfeld, weist Notz darauf hin, dass auch in solidarischen oder alternativen Ökonomien und Projekten der Geschlechterwiderspruch nicht verschwindet.

Ihre Veröffentlichungen zeigen nicht nur, wie sie denkt, politisch streitet und schreibt. Sie haben erschwingliche Preise und sind im Duktus für eine nicht-universitäre Zielgruppe geschrieben. Sie versuchen, verschiedene theoretische Stränge zusammen zu denken, etwa alternative Ökonomien, Sozialpolitik und Genderspekte, und sie argumentieren stets historisch. Dass Gisela Notz Feminismus in Verbindung mit Kapitalismus denkt, dürfte mit an ihrer Herkunft und noch mehr daran liegen, dass sie sich ab den 1970er Jahren viel mit geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung beschäftigt hat.

Emanzipatorische Intellektuelle unterstützen die lernende Bewusstseinsweiterung und Selbsterziehung bislang unterdrückter und beherrschter Gruppen, regen zum Denken und Organisieren an, ohne zu missionieren. Gisela Notz ist eine solche Intellektuelle. Die Welt wäre eine reichere, bessere, schönere, wenn es mehr Menschen wie sie geben würde.

Herzliche Gratulation, liebe Gisela, von der gesamten CONTRASTE-Redaktion!

Link: [www.gisela-notz.de](http://www.gisela-notz.de)

### GUTES AUF DIE OHREN — PODCAST-EMPFEHLUNGEN



Podcasts sind divers, Podcasts sind persönlich, Podcasts sind unabhängig, Podcasts machen sichtbar. Ohne an monetarisierte Plattformen gebunden zu sein, ohne redaktionellen Rahmen, ohne Einmischung von außen: Ein Podcast kann politische Theorie erklären, marginalisierte Lebenserfahrungen beschreiben, Diskriminierung anprangern und kritische wie konstruktive Lösungsansätze aufzeigen. Alle zwei Monate stellen wir euch hier einen hörenswerten Podcast vor – natürlich links, natürlich kritisch.

## Geranien und Pflastersteine

### ÜBERBLICK

Gute Küchentischgespräche sind in der Pandemie selten geworden. Gerade wenn man versucht, die eigene politische Ideologie auch zu leben, ist der Gesprächsbedarf groß. Der Fundus an Buch- und Filmempfehlungen, leicht verwurschtelten Zitaten bekannter Theoretiker\*innen und angeregt hin- und hergespielten Gedanken schwindet dahin. Doch Rettung naht. Herrlich selbstgemacht, ohne großes Team im Rücken und »direkt aus dem pink-schwarz-roten Kosmos«: Das ist der Podcast »Geranien und Pflastersteine«. Er könnte auch »Leitkultur vs. linke Subkultur« heißen, aber das ist lange nicht so griffig.

### WORUM GEHT'S?

Michel Klaus und Thomas Liebko- se vom Berliner Kollektiv »Solidarisch Tanzen« unterhalten sich über pandemischen Feier-Hedonismus,

den Weltfrauentag und die Entfremdung des digitalen Raums. Sie sprechen aus aktuellem Anlass über den »Tag der Deutschen SchEinheit« oder tauchen in die Strukturen kritischer Männlichkeitsforschung in der linken Szene ein. Die Atmosphäre ist entspannt, die Gespräche nicht gescripted und jede Folge holen sich die beiden Moderatoren einen feministischen Input – mal von Einzelpersonen, mal von Netzwerken wie »female pressure«.

Überhaupt geben sich Klaus und Liebko- se Mühe, ihre eigene Stellung und die damit einhergehenden Privilegien zu reflektieren und herauszuarbeiten, wo ihre eigene Sicht auf die Dinge verzerrt ist. Manchmal gelingt ihnen das gut, manchmal verzetteln sie sich.

Nicht zu Ende gedachte Argumentationsstränge und halbgeare Erklärungsversuche ziehen die Folgen manchmal etwas in die Länge, doch dieser entspannte Umgang macht den Charme des Podcasts aus. Nach jeder Folge

schwirren der Hörer\*in diverse Buchempfehlungen, Veranstaltungshinweise, Verweise auf aktivistische Netzwerke und gelegentlich auch mal ein schlechter Marx-Witz durch den Kopf.

### FÜR WEN IST DER PODCAST?

Die Themen sind nicht ganz voraussetzungslos, ein grundlegendes Verständnis für linke und feministische Theorien und Begriffe macht es definitiv leichter, den Gesprächen zu folgen. Doch die Moderatoren geben sich immer Mühe, nicht zu viele Konzepte in eine Folge zu laden und lassen sich genug Zeit, um auch komplexe Zusammenhänge im Verlauf des Gesprächs klar herauszuarbeiten.

### WIE HÖRT SICH DAS GANZE AN?

Die einzelnen Folgen werden als kleine Radiosendungen aufgenommen und können sowohl live als auch im Archiv gehört werden. Der

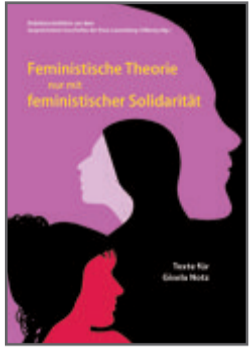
Podcast erscheint unregelmäßig im Schnitt alle zwei Monate, interessierte Hörer\*innen können sich im Archiv knapp 20 bereits erschiene- ne Folgen zu Gemüte führen, die jeweils zwischen 60 und 90 Minuten lang sind.

Neben dem Gespräch der Moderatoren mit ihren Gästen sind immer wieder Interviews, Dokumentationen oder O-Töne relevanter Akteur\*innen eingespielt. Ein bisschen so, wie man im Gespräch unter Freund\*innen das Handy zückt, um kurz diesen einen Ausschnitt aus der Rede einer Politikerin zu zeigen, auf den man sich gerade bezieht. Zusammengehalten werden die einzelnen Teile mit einem erfrischenden Mix aus 2000er-Trash, Techno und Minimal, Indie- und Punkrock-Klassikern – echtes Radioflair eben.

Link zum Podcast »Geranien und Pflastersteine«: <https://bit.ly/3uNH104>

Helene Jüttner

## BEGEGNUNGEN MIT GISELA NOTZ



Im April 2022 feierte Gisela Notz ihren 80. Geburtstag. Mit einer ungewöhnlichen Gratulation warten die Autor\*innen und Herausgeber\*innen eines Sammelbandes auf, der als Überraschungspräsent »Texte für Gisela« zusammenbringt.

Starke Erkenntnismomente, Lese-Erlebnisse und Begegnungsorte beschreiben die 14 Beiträge von »Feministische Theorie nur mit feministischer Solidarität — Texte für Gisela Notz«. Dabei greifen sie auf, was Gisela Notz in einem Interview bereits 2017 stark machte: Feminismus, das »ist ja nicht nur Theorie, sondern auch soziale Bewegung«. Wünschen würde sie sich zudem, dass feministische Solidarität »wieder ein Begriff« und dass »feministische Theorie wieder mit feministischer Praxis verbunden« werde (S. 27 ff.).

In dieser Trias begegnen die Autor\*innen den Gedanken von Gisela Notz: zum Begriff und zur Praxis (feministischer) Solidarität, zum Herrschaftsgefüge von bezahlter und unbezahlter Arbeit, zu Gemeinwirtschaft oder zu Konzepten der »neuen Mütterlichkeit« in der Zeitgeschichte, zur Kritik des Familismus. Zur Tomate, die im September 1968 in Frankfurt beim Delegiertenkongress des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) durch die damaligen Gegenwarten linker politischer Praxis flog.

Beeindruckend an den Beiträgen der 20 Autor\*innen ist: Wie sie Gisela Notz als transparent im Ort ihres Sprechens beschreiben, zeigen sie selbst jeweils auch ihren eigenen Standpunkt auf. So wandern wir mit manchem Fremdwort im Gepäck entlang akademischer Perspektiven auf Konzepte feministischer Solidaritäten. Wir befragen uns in der Kritik des Familismus zu unseren eigenen »Anführungszeichen«-Begriffen, mit denen wir alternative Ideen von Gesellschaft und Zusammenleben zu oft und ohne Not als »besonders« markieren (Bini Adamczak in »Familismus als Skandal«). Wir betrachten die Geschichte der Hexenverfolgung mit der Brille einer selten fokussierten feministischen Analyse politischer Ökonomien (Gregor Kritisidis) oder fragen uns, ob wir den Elfenbeinturm der Akademien als Sehnsuchtsort nicht lieber vom Sockel stoßen denn erobern möchten (Mareen Heying und Anna Schiff in »Luxus für Alle«). Nicht zuletzt weist uns die Geschichte von Claudia Jones (»Schwarze Kommunistin und Wegbereiterin intersektionaler Politik« im Beitrag von Janette Osterstein) darauf hin, dass wir gut daran tun, selbstkritisch und aufmerksam zu sein für den Tellerrand unserer Perspektiven.

Gisela Notz an unserer Seite zu haben auf diesen neuen und bekannten Wegen der feministischen Theorie, Praxis und gelebten Solidarität ist ein Geschenk. Das lesen wir in jeder Zeile dieses Buches — eine Gratulation und ein Dank an Gisela Notz!

Anke Hoffstadt

Redaktionskollektiv aus dem Gesprächskreis Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): **Feministische Theorie nur mit feministischer Solidarität. Texte für Gisela Notz**, Verlag AG SPAK Neu-Ulm 2022, 132 Seiten, 12 Euro

Lesst dazu auch den Artikel »Gisela Notz zum Geburtstag« auf Seite 14.

## VISION EINER INKLUSIVEN DEMOKRATIE



Die Demokratie kränkelt, Politikverdrossenheit nimmt zu. Parlamente agieren oft abgehoben. Nicht wirklich erstaunlich — sind doch viele Abgeordnete gleich nach dem Studium in die Politik eingestiegen, ohne viel außerhalb ihrer »Blase« erlebt zu haben: 85 Prozent des Bundestags sind Akademiker\*innen. Dem Anspruch, die Bevölkerung zu repräsentieren, werden sie nur bedingt gerecht. Weder sind Menschen mit Migrationsgeschichte angemessen vertreten noch »Unstudierte« oder Menschen mit niedrigem Einkommen. Das kann mittels Bürger\*innenräten und Zufallsauswahl ein Stück weit korrigiert werden.

In ihrem aktuellen Buch stellen der Ethnologe Linus Strothmann und die Politikwissenschaftlerin Katharina Liesenberg ihre Erfahrungen mit aufsuchenden Losverfahren vor, ebenso auch ihre demokratiepolitischen Überlegungen dazu. Demokratie ist hierzulande, heißt es kurz und bündig, »keine Teilhabe aller, sondern eine derer, die es sich leisten können«. Bürger\*innenräte, wie sie etwa in Irland seit 2015 erfolgreich praktiziert werden, können Demokratie weiterentwickeln. Die hier geschilderten Beispiele beziehen sich auf kommunalpolitische Entscheidungen. Zwar haben Bürger\*innenräte bisher nur beratenden Charakter, doch können sie erfahrungsgemäß Entscheidungsprozesse beeinflussen.

»Warum Losen?«, fragen die Autor\*innen und stellen fest, dass so nach zuvor festgelegten Kriterien die Vielfalt der Beteiligten besser gewährleistet ist. Allerdings sind auch hier gebildete und wohlhabendere Menschen oft noch überrepräsentiert. Unterprivilegierte Gruppen hingegen — etwa LBGTI, PoC oder Wohnungslose — fehlen häufig. Daher empfiehlt sich das »aufsuchende Verfahren«. Dabei erfahren die Managenden, die an Türen derjenigen klingeln, die sich auf ein Anschreiben nicht gemeldet haben, welche Hürden ihre Nicht-Beteiligung bedingen: Sprachschwierigkeiten, Zeitmangel aufgrund der Arbeit oder Kinderbetreuung gehören dazu. So wurden Dolmetscher\*innen und eine Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt, auch Gespräche mit Arbeitgeber\*innen konnten helfen.

Einen Effekt des Losens schildert Strothmann unter anderem am Beispiel seiner Workshops zu einem Stadtentwicklungskonzept in Falkensee vor den Toren Berlins. Während die »üblichen Verdächtigen« — zumeist Bildungsbürger\*innen — eher interessengeleitet argumentierten, verliefen die Diskussionen in den gelosten Gruppen gemeinwohlorientierter. Als klarer Vorteil bei zufällig ausgelosten Teilnehmenden an demokratischen Prozessen gegenüber gewählten Repräsentant\*innen erweist sich: Sie müssen nicht als Advokat\*innen ihrer Gruppe agieren, sind somit wesentlich flexibler.

Das Buch ist kurzweilig zu lesen und es ermuntert zu weiterem Experimentieren mit aufsuchenden Losverfahren auch in verschiedensten Organisationen.

Ariane Dettloff

Katharina Liesenberg / Linus Strothmann: **Wir holen euch ab! Wie wir durch Bürger\*innenräte und Zufallsauswahl echte Vielfalt in die Demokratie bringen**; oekom Verlag, München 2022, 256 Seiten, 24 Euro

## EINE ERFOLGSSTORY IN LILA



Die Menschen in den lila Westen mit der Aufschrift »Deutsche Wohnen und Co. Enteignen« waren 2021 überall in Berlin unterwegs. Um den Volksentscheid der Stadt und des Landes Berlin zur Abstimmung zu bringen, mussten bis Juni 2021 mindestens 180.000 Unterschriften gesammelt werden. Die Dokumentation »Start Wearing Purple« erzählt die Geschichte der Campaigner\*innen; von ihren Hoffnungen und Ängsten, ihren Strategien und Zielen.

Eine Kampagne ist viel Arbeit. In acht Kapiteln wird der Weg zum Ziel beschrieben. Neben rechtlichen Grundlagen wird auch die Kampagnen-Arbeit erklärt: Wie wird mobilisiert, wie diskutiert und überzeugt. Aktivist\*innen beschreiben ihre eigene Motivation für das Projekt, aber auch den politischen Anspruch, seine Tücken und Schwierigkeiten. Das Ziel ist nicht nur der Erfolg der Kampagne, sondern auch eine politische Willensbildung für viele — etwa für sonst nicht wahlberechtigte Menschen ohne deutschen Pass — und damit gleichsam ein Repräsentationsprojekt für Menschen, die sonst in politischen Entscheidungen unterrepräsentiert sind. Dabei gilt es, radikale Forderungen attraktiv zu verpacken, ohne dass die politische Schlagkraft eingebüßt wird. Wandel soll angestoßen werden, um damit etwas Positives für möglichst viele Menschen in Aussicht zu stellen. Es soll gezeigt werden, dass linke Politik auch praktisch funktionieren kann. Das »Recht auf Stadt für alle« bildet dabei die Grundlage. Diese Idee soll Vorbild für andere Kampagnen und Volksentscheide sein — und in andere Städte und Länder hineinwirken.

Dass die Ziele und Ideale umkämpft und politisch hoch brisant sind, machen eingestreute Interview- und Videoschnipsel klar, in denen Vertreter\*innen von CDU, SPD und Immobilienunternehmen klar betonen, wie falsch sie den Volksentscheid finden — gar, dass er gefährliche sozialistische Verhältnisse schaffe und stattdessen einfach mehr gebaut werden müsse. Daher atmet der\*die Zuschauer\*in am Ende des Films erleichtert auf, als insgesamt über 350.000 Unterschriften eingereicht werden.

Leider endet der Film an dieser Stelle in der Happy-End-Stimmung, in der bereits die nächste Kampagne (»Berlin autofrei«) anvisiert wird. Die Offenheit des folgenden politischen Prozesses (der tatsächliche Volksentscheid und vor allem dessen extrem schwierige Umsetzung und die fragliche Wirksamkeit) gerät dadurch aus dem Blickfeld. Trotzdem zeigt der Film explizit auf, was die Kampagne gebracht hat: Dass die Menschen sich trauen, bei großen politischen Themen mitzumischen. Dass Kampagnen, auch wenn sie aufwendig sind, ermächtigend wirken und gesellschaftlichen Wandel anstoßen können. Der Film zeigt auch, wie umkämpft Freiräume und linke Themen sind — und wie wichtig es daher ist, aktiv zu werden. Dabei verbeugt er sich bewundernd vor den Aktiven.

Janika Kuge (Redaktion Común)

Start Wearing Purple / 2022 / 74 Minuten / Regie und Drehbuch: Müge Süer, Hendrik Kintscher, Link: filmpurple.com

## GERECHTE MOBILITÄTSWENDE



Den Einstieg in ihre umfangreiche Studie hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung ausgesprochen einladend aufbereitet. Eine handliche, attraktiv gestaltete Kurzzusammenfassung und ein Videoclip erörtern die zentrale Frage einer gerechten Mobilitätswende: »Werden die Kolleg\*innen in der Industrie alle arbeitslos, wenn wir auf mehr Ökologie achten?« Die kurze Antwort sei nein, wie die Studie mit dem programmatischen Titel »Spurwechsel« detailreich belegt.

Denn sowohl aus ökologischen Gründen wie auch aus Gründen der Beschäftigungssicherung im industriellen Bereich brauche es »im Sinne einer verbindenden, ökologischen Klassenpolitik konsequente Schritte einer gerechten Mobilitätswende, einen sozial-ökologischen Umbau der Mobilitätsindustrien und gerechte Übergänge für die Betroffenen«, fasst Mario Candeias die Ergebnisse zusammen. Dazu haben die Autor\*innen mit Beschäftigten und Gewerkschafter\*innen in der Auto- aber auch in der Schienenfahrzeug- und Busindustrie sowie mit Klimaaktivist\*innen gesprochen. Ein Brückenschlag zwischen Gewerkschaften und Klimabewegung sei möglich und nötig, um eine »gerechte Mobilität für alle, gute Arbeit in Industrie- und Verkehrsunternehmen sowie grüne Städte mit Platz für Erholung« zu erreichen.

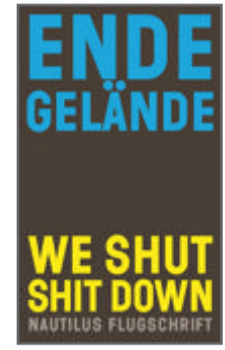
Verschiedene Autor\*innen beleuchten das Themenfeld in 15 teilweise sehr materialreichen Beiträgen. Insbesondere die drei Abschnitte zum Strukturwandel in der Automobilindustrie, zum Potenzial der Busindustrie sowie zu den Perspektiven der Beschäftigten in der Schienenfahrzeugindustrie bieten aktuelle Zahlen und Einschätzungen. Demnach würden bei der Umsetzung einer echten Mobilitätswende mit der geplanten Verdoppelung der Fahrgastzahlen im ÖPNV etwa 214.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Kombiniert mit einer 30-Stunden-Woche wären es noch mehr. Es gehe daher nicht nur um ein paar neue Stellen, sondern um »den Ausbau der industriellen Beschäftigung im Kernbereich der IG Metall«, fassen die Autor\*innen die durchgerechneten Szenarios zusammen.

Realistischerweise räumen sie jedoch ein, dass die großen Automobil-Konzerne derzeit wohl lediglich an einer »Antriebswende statt einer echten ökologischen Mobilitätswende« interessiert seien. Obwohl es gelungen sei, »einen Labour-turn der Klimabewegung und einen Climate-turn der Gewerkschaftsbewegung« anzustoßen, brauche es weiteren frischen Wind in diese öko-soziale Richtung, die Spurwechsel-Studie sei dazu ein Beitrag. Wenn es außerdem noch gelingen sollte, die nur von Bernd Riexinger geäußerten Forderungen nach Wirtschaftsdemokratie und genossenschaftlichen Strukturen in der Automobilindustrie mehrheitsfähig zu machen, wäre wohl eine spürbare Wende eingeleitet.

Peter Streiff

Mario Candeias/Stephan Krull (Hrsg.): **Spurwechsel - Studien zu Mobilitätsindustrien, Beschäftigungspotenzialen und alternativer Produktion. Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung**, 409 Seiten, VSA Verlag, Hamburg 2022, 19,80 Euro  
Kostenloses PDF: <https://bit.ly/3x3rA6E>

## SYSTEM CHANGE, NOT CLIMATE CHANGE



2015 besetzte »Ende Gelände« erstmals den Kohletagebau in Garzweiler. Seit diesem Zeitpunkt tritt der in Ortsgruppen und thematischen Arbeitsgemeinschaften organisierte Zusammenschluss unter diesem Namen auf — inzwischen ist er schon fast eine Marke geworden ist. 2016 fanden Proteste in der Lausitz statt, 2017 wieder in Garzweiler, hier erstmals mit thematisch definierten Aktionen auch über den vermeintlich eigentlichen Gegenstand (die praktische Kritik an der aktuellen Energiewirtschaft) hinaus: zu Sexismus und Ko(h)lonialismus.

Das hier vorliegende Buch mit größtenteils 2020 verfassten Texten soll Bewegungsgeschichte festhalten und die vielen gemachten Erfahrungen teilen. Die Texte stammen von einer (anonymen) Arbeitsgruppe, die ausdrücklich nicht für die Bewegung sprechen kann und will.

Im ersten Kapitel werden die verschiedenen Aktionen vorgestellt und nacherzählt, im zweiten die politischen Strategien, die »Ende Gelände« verfolgt. Hier ist zum einen die professionelle und aktive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu nennen, und ebenso der zivile Ungehorsam, der unter dem Motto »Nicht legal, aber legitim« blockierend in die Abläufe des fossilen Kapitalismus eingreift. Nach »innen« wird auf eine gute Gruppenstruktur und ein förderliches Gruppenklima geachtet, und auf Vorbereitung auf und den solidarischen Umgang mit Repression.

Im dritten Kapitel werden die Inhalte vertieft: Kohle, Staat, Rassismus und Kolonialismus und wie diese zusammenhängen. Als Schlussfolgerung wird — wieder einmal — klar, dass ein Systemwechsel notwendig ist, um Klimagerechtigkeit zu erreichen, ja überhaupt erreichen zu können. Als letztes Kapitel folgt ein Ausblick, der die bisherigen Thesen zusammenfasst. Hier wird deutlich, dass »Ende Gelände« eine aktive, dezentrale und professionelle Organisation ist, die Staat und Industrie vor Herausforderungen stellt — und die das Thema der Energieversorgung wieder auf die politische Agenda gebracht und den Kohleausstieg beschleunigt hat. Politisch möchte »Ende Gelände« soziale Bewegungen verbinden, indem Bewegungen zu verschiedenen Themen voneinander Kenntnis erlangen, sich unterstützen und in eine gemeinsame Planung kommen. Ein Glossar, das um die 50 für die Texte wichtige Begriffe kurz erklärt, schließt diese Veröffentlichung ab.

Sympathisch ist die zugängliche und deshalb schöne Sprache des Buches, dem eine große Leser\*innenschaft zu wünschen ist. Da es anschaulich zeigt, dass soziale Bewegungen Geschichte schreiben. Die Botschaft lautet: Gemeinsam können viele eine ganz andere Welt erstreiten: »Let's be careful with each other so we can be dangerous together« — also lasst uns umsichtig miteinander sein, damit wir gemeinsam gefährlich sein können, und zusammen alle zerstörerischen und unterdrückenden Verhältnisse überwinden.

Bernd Hüttner

Ende Gelände: We shut shit down; Edition Nautilus, Hamburg 2022, 208 Seiten, 16 Euro

# TERMINE UND KLEINANZEIGEN

## TERMINE

### VORTRAG/DISKUSSION

#### Eine ökologisch ausgerichtete Lebenskunst

7. Mai, 19 Uhr (Kolochau)

Vortrag von Dr. Maurice Schuhmann im Rahmen des Projekts »futura ars vivendi« mit Bildern im Herrenhaus Kolochau: »Lebenskunst in Zeiten der Klimakrise«. Krisen als Ausgangspunkt und Herausforderung zu verstehen, ist nicht neu. Dennoch stellt die ökologische Krise in ihrer Quantität und Qualität eine völlig neue Ausgangsbedingung für das Nachdenken über Lebenskunst dar. Unter Berücksichtigung ausgewählter antiker und moderner Ansätze der Lebenskunst unternimmt der Referent den Versuch, Grundzüge einer zukünftigen Lebenskunst unter den Herausforderungen der ökologischen Krise zu skizzieren.

Ort: Herrenhaus Kolochau, Dorfstraße 8, 04936 Kolochau  
Info: bit.ly/3rzTj7

### NETZWERKTREFFEN

#### Vision Rems-Murr 2035

7. Mai, 10 Uhr (Winnenden)

Viel wurde bewegt in letzter Zeit, viel wird gerade bewegt und noch mehr muss sich Klimaschutz- und damit friedensmäßig bewegen in den kommenden Jahren. Das Klimabündnis Rems-Murr lädt nun zu einem großen Netzwerktreffen für alle Klima-Bewegten der Region ein: Kennenlernen – Freundschaften erweitern – Projekte schmieden – Momentum kreieren.

Ort: Alte Kelter, Paulinenstraße 33, 71364 Winnenden  
Infos: ksukram@aol.com

### HYBRID-EVENT

#### Energie- und Klimawende gestalten!

17. bis 19. Mai (Wien, Linz, Stegersbach und Online)

Die Mission Innovation Austria Konferenz ist der Treffpunkt für Klimaschutzinnovationen. Unter dem großen Leitthema »Aufbruch zur klimaneutralen Gesellschaft!« erwarten die Teilnehmer\*innen spannende Beiträge zu den missionsorientierten Innovations-schwerpunkten Energiewende, Kreislaufwirtschaft und klimaneutrale Stadt.

Info: bit.ly/37Y3Gz8

### WORKCAMP

#### Frühsommercamp im Waldgarten

17. bis 25. Mai (Verden)

Wir öffnen unsere Waldgartentore für interessierte Menschen, die Lust haben mit uns zu arbeiten, lernen, essen, lachen...und was ihr so mitbringt: vielleicht Musik machen, Spiele veranstalten, Rätselrunden oder Geschichten erzählen?

Ort: Allmende e.V., Artilleriestr.6, 27283 Verden  
Info: allmende.bplaced.net

### SEMINAR

#### Demokratie in der Zukunft

25. bis 29. Mai (St. Andreasberg)

Nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb der EU wird der Druck auf die Demokratie immer größer. Gleichzeitig fühlen sich Wähler\*innen immer weniger re-

präsentiert und die Bewegung zu autoritären Führungsfiguren wird immer deutlicher.

Dieses Seminar setzt sich mit dem Kern der Demokratie und ihren aktuellen Problemen auseinander. Gleichzeitig werden aber auch Konzepte aufgezeigt, wie man die Demokratie an die Umstände des 21. Jahrhunderts anpassen kann und sie insgesamt verbessern kann.

Ort: Haus Sonnenberg, Clausthaler Str. 11, 37444 St. Andreasberg  
Info: bit.ly/3EnaqlY

### KONFERENZ

#### Enteignung & Vergesellschaftung

27. bis 29. Mai (Berlin)

Der Mietenwahnsinn schreitet weiter voran und viele Menschen sehen in der Vergesellschaftung der Immobilienkonzerne ihre letzte Hoffnung gegen Verdrängung und Wohnungsnot. Am Himmelfahrtswochenende findet in den Räumen der TU Berlin eine große Konferenz statt, welche sich mit Fragen rund um die Themen Enteignung & Vergesellschaftung von Immobilienkonzernen beschäftigt. Die Freund\*innen einer gerechten Wohnungspolitik wollen Alternativen zum profitgetriebenen Wohnwahnsinn aufzeigen.

Ort: TU Berlin, Straße des 17. Juni 135, 10623 Berlin  
Info: bit.ly/37kb0oQ

#### Klimawende von unten

10. bis 12. Juni (Kassel)

Die Klimawende von unten-Konferenz ist ein Raum für Austausch

und gegenseitige Unterstützung für bereits Aktive und neue Interessierte. Fachleute und Aktive teilen ihr Wissen zur lokalen Energie-, Wärme-, und Verkehrswende sowie zum Einmal-Eins der direkten Demokratie.

In den Ideenschmieden lassen die Teilnehmer\*innen dann gemeinsam die Köpfe rauchen, um eurem Engagement vor Ort zum Erfolg zu verhelfen.

Ort: Lebensbogen, Auf dem Dörnberg 13, 34289 Zierenberg  
Info: bit.ly/30kGzI

### AKTIONSRADTOUR

#### Cycling the Change

30. April bis 31. Mai (Deutschland, Österreich & Schweiz)

Der Aktivist und Auto Tobi Rossowog wird 3.000 Kilometer durch Deutschland, Österreich und die Schweiz mit dem Fahrrad reisen und insgesamt 33 Impulsvorträge geben, um zum Austausch über das Thema »Verkehrswende« anzuregen. Durchschnittlich sind das rund 100 Kilometer am Tag auf dem Sattel. Drei Joker für eine Zugfahrt gibt es auch, um diese durchorganisierte Tour überhaupt bewältigen zu können. Auf der Reise werden inspirierende Projekte besucht, Aktionen gestaltet und Banden gebildet. »Cycling the Change« ist die etwas andere Benefizfahrt. Spende kein Geld pro gefahrenen Kilometer, sondern bring dich mit deiner Zeit ein und werde aktiv. Komm gerne zu den Impulsvorträgen und lass uns gemeinsam in den Austausch gehen und Aktionen gestalten.

Infos zu den Terminen und Städten unter: cycling-the-change.de

## IMPRESSUM

### Monatszeitung für Selbstorganisation

Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

#### HERAUSGEBER

**contraste**, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V. Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel

Anfragen: info@contraste.org  
Verein: vorstand@contraste.org  
Redaktion: redaktion@contraste.org  
www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 Redakteur\*innen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das Contraste-Büro in Kassel.

V.I.S.D.P.: Regine Beyß  
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2018.

#### REDAKTION BERLIN:

Ulrike Kumpke  
✉ ulrike.kumpke@contraste.org

#### REDAKTION BREMEN:

Bernd Hüttner (Rezensionen)  
✉ bernd.huettner@contraste.org

#### REDAKTION ELBSANDSTEINGEBIRGE:

Johannes Dietrich  
✉ johannes.dietrich@contraste.org

#### REDAKTION FREIBURG:

Burghard Flieger (Genossenschaften)  
☎ (07 61) 70 90 23

✉ genossenschaft@t-online.de

#### REDAKTION GÖTTINGEN:

Kai Böhne (Anzeigen)  
✉ kai.boehne@contraste.org

#### REDAKTION HAMBURG:

Hilmar Kunath  
☎ (0 40) 39 90 41 96

✉ hh.kunath@web.de

#### REDAKTION KASSEL:

Regine Beyß  
✉ regine.beyss@contraste.org

#### REDAKTION KÖLN/BONN:

Heinz Weinhausen  
☎ (01 70) 58 38 900

✉ heinz.weinhausen@contraste.org

Ariane Dettloff

☎ (02 21) 31 57 83

✉ ariane.dettloff@contraste.org

#### REDAKTION LÜNEBURG:

Marlene Seibel  
✉ marlene@marlenseibel.de

#### REDAKTION SPROCKHÖVEL:

Uli Frank  
✉ ulifrank@unverdient.de

#### REDAKTION STUTT GART:

Peter Streiff  
☎ (0 71 44) 33 22 56

✉ peter.streiff@netz-bund.de

#### REDAKTION VERDEN:

Uwe Ciesla  
✉ kontakt@finkenburg.info

#### REDAKTION GRAZ:

Brigitte Kratzwald  
☎ 0043-699 11 28 65 57

✉ brigitte.kratzwald@commons.at

#### REDAKTION KLAGENFURT:

Hans Wieser (Termine)  
✉ hans.wieser@contraste.org

#### ANZEIGEN

Kai Böhne  
✉ anzeigen@contraste.org

#### ABOVERWALTUNG

Eva Schmitt  
✉ abos@contraste.org

#### BILDREDAKTION

Regine Beyß und Eva Sempere

#### LAYOUT

Eva Sempere  
✉ layout@contraste.org

#### TERMINE

Hans Wieser  
✉ termine@contraste.org

#### IT-BETREUUNG

Vadim und Steffen, netz.koop eG  
https://netz.coop  
✉ webmaster@contraste.org

#### DRUCK

Freiburger Druck GmbH und Co KG

Facebook: www.facebook.com/contrastemonatszeitung  
Twitter: @contraste\_org  
Mailingliste: https://lists.contraste.org/sympa/info/contrasteliste

### ANZEIGEN

**anders.**

**Die Tageszeitung junge Welt**

**Wir zahlen nicht für eure Kriege!**

Militärhaushalte in den USA und Deutschland werden drastisch erhöht. Bundesweiter Aktionstag gegen Aufrüstung am Sonntag.

**Kauf am Kiosk!**  
Montag–Freitag 1,90 € • Samstag 2,30 €

Alle Verkaufsstellen unter: jungewelt.de/kiosk  
✉ /jungewelt ✉ /jungewelt ✉ /jungewelt\_insta

**express**

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Niddastr. 64 VH · 60329 FRANKFURT  
**express-afp@online.de**  
www.express-afp.info  
Tel. (069) 67 99 84

Ausgabe 4/22 u.a.:

- Heiner Dribbusch: »Der lange Hebel. Macht und Machtressourcen von Unternehmen und Arbeitgeberverbänden im Arbeitskampf«
- Willi Kaufmann: »Tendenz fallend. Die Mitgliederentwicklung der DGB-Gewerkschaften bleibt problematisch«
- »Von nix kommt nix, nä?« – Redaktion im Gespräch mit Wolfgang Schaumberg über Möglichkeiten und Grenzen kritischer Betriebsratsarbeit, Teil 2
- Sabrina Apicella: »Mehr als Fleisch und Pakete« – über Peter Birkes »Grenzen aus Glas«
- Bernd Gehrke: »Russlands neuer Imperialismus. Die Ignoranz gegenüber der Entwicklung in Russland blamiert die Friedensbewegung«
- Slave Cubela: »Ein neoliberales Monster in Moskau« – zu Putins Überfall auf die Ukraine

**Probelesen?!** Kostenfreies Exemplar per eMail oder Telefon bestellen

**Kritisch. Solidarisch. Unabhängig.**

Probeabo  
3 Ausgaben für 10 €

**LATEIN AMERIKA**  
NACHRICHTEN

www.lateinamerika-nachrichten.de

**Kleinanzeigen**

Wir bieten Initiativen und Projekten hier Platz für ihre Gesuche und Angebote. Die Kleinanzeigen sind kostenlos. Wir freuen uns über eine Spende! Die Redaktion behält sich eine Auswahl der gesendeten Kleinanzeigen vor. Bitte schickt eure Anzeigentexte an:

**koordination@contraste.org**

**Ossietzky**

Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

**Glauben Sie daran, dass Löhne gesenkt und Arbeitszeiten verlängert werden müssen, damit die Unternehmer viele neue Arbeitsplätze schaffen? Wenn Sie diesen Glauben nicht verlieren wollen, dürfen Sie keinesfalls Ossietzky lesen.**

Wenn schon gespart werden soll, dann möge man bei Militär und Marine anfangen, anstatt deren weitere Hypertrophie auf Kosten des Sozialtats zu dulden.

Carl von Ossietzky in Die Weltbühne, 17. Dezember 1929

**Ossietzky** herausgegeben von Matthias Biskupek, Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

**jetzt abonnieren ab Heft 1/2021**  
**www.ossietzky.net**

Ossietzky Verlag GmbH • ossietzky@interdruck.net  
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre

seit 1905 Die Schaubühne Die Weltbühne seit 1918

**KLEINANZEIGEN**

**JVA-Sangha**

Inhaftierte, Gefangene, Untergebrachte – Haben Sie Interesse an buddhistischen Büchern, Zeitschriften sowie an Kontakt und Austausch? Das buddhistische Selbsthilfeprojekt »JVA-Sangha« bietet allen Interessierten Zugang zu buddhistischen Büchern, Zeitschriften und Kalendern (solange Vorrat vorhanden). Ebenso bieten wir Unterstützung bei Studium und allen Fragen rund um die Buddhistische Lehre. Bitte wenden Sie sich direkt an die Geschäftsstelle der »Deutschen Buddhistischen Union (München)«. Ihr Brief wird an den Initiator des Selbsthilfeprojektes weitergeleitet.

Kontakt: info@dbu-bgr.org (Stichwort: »JVA-Sangha«)